

# Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 42. Jahrgang, Nr. 19, Freitag, 8. Oktober 2021

*Deutschland rutscht weiter nach links*

2

*Die EU-Währungsunion*

12

*Ausflug in die Schweizer Geschichte*

21

Telldenkmal in Altdorf UR  
Bild: Daniel Keller, Ossingen ZH



1307



Der verhängnisvolle «politische Globalismus» der Kanzlerin

# Deutschland rutscht weiter nach links

von Thorsten Polleit, Währungsspezialist, Frankfurt am Main

Deutschland hat am 26. September 2021 einen neuen Bundestag gewählt. Eine Regierung ist aber noch nicht gefunden. Die Parteien kungeln noch, wer mit wem denn nun künftig die Staatsgeschäfte führen soll, und wer dabei welche Posten bekleiden darf. Nur eines scheint schon jetzt festzustehen: Deutschland rutscht weiter nach links.



Das wäre eigentlich keine grosse Überraschung, vielmehr nur die Fortsetzung der Entwicklung, die die abtretende Kanzlerin Angela Merkel in ihrer 16-jährigen Amtszeit unerbittlich vorangetrieben hat. Merkel hat das konservative Lager systematisch sozialdemokratisiert und linksgrün anschlussfähig gemacht, hat die bürgerliche Mitte damit

quasi aus dem Parteienspektrum getilgt.

## Verbrannte Erde

Sie hinterlässt viel verbrannte Erde. Die Liste ihrer Fehlleistungen ist lang und folgens schwer: Griechenland-Rettung, Atomkraft-Ausstieg, Europäischer Stabilitätsmechanismus, Flüchtlingskrise, Brexit, Zustimmung zur EU-Verschuldung, um nur einige zu nennen.

**Merkels Kaltschnäuzigkeit, die Belange der andern, vor allem die der Europäischen Union rigoros vor die des eigenen Landes zu stellen, wird den Deutschen noch teuer zu stehen kommen.**

Die deutsche Wirtschaft wird wie nie zuvor in die Zange genommen, ihre Wettbewerbsfähigkeit droht auf

dem Altar der links-grünen Klimapolitik geopfert zu werden. Hunderttausende Arbeitsplätze sind bereits zur Disposition gestellt.

Wie konnte Merkel das machen? Mit ihr liessen sich über Jahre hinweg Wahlen sicher gewinnen. Das schwächte den innerparteilichen Widerstand gegen sie. Und ihre immer stärker mit links-grün äugelnde Politik fand Lob und Preis bei den Oppositionsparteien, brachte ihr Unterstützung. Merkels Wähler durchschauten den subversiven Etikettenschwindel ihrer Kanzlerin sehr lange Zeit nicht, und als sie ihn erkannten und sich abwendeten, war es längst zu spät.

Mit Merkel hat der «politische Globalismus» Einzug in die deutsche Politik gehalten: Die Idee, die nationale Souveränität müsse an supranationale Entscheidungsebenen abgegeben werden, um von ganz oben die grossen Probleme der Zeit – Wirtschaftskrisen, Migration und Weltklima – zu lösen. Deutschland marschiert dafür nun in erster Reihe.

## «Grosse Transformation»

Im Januar 2020 forderte Merkel auf dem World Economic Forum (WEF) in Davos eine «Grosse Transformation», mit der das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben auf dem Planeten völlig umzubauen sei. Ihr Umsturzplan wurde artig beklatscht, wohl kaum jemand realisierte, dass es ein grössenwahn-

**SCHUMACHER IMMOBILIEN<sup>+</sup>**  
mehrwert machen

„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher  
4542 Luterbach  
032 682 03 88  
[www.schumacher-immobilien.ch](http://www.schumacher-immobilien.ch)

**Jos. Rüetschli**

**Heizöl - Diesel - Petrol**

**Kohlen - Brikette - Brennholz**

**Spezial-Grillkohle**

**Altstoff-Recycling**

4542 Luterbach Telefon 032 682 43 02 Natel 079 631 46 65

sinniges Ansinnen ist, das direkt der marxistischen Hexenküche entspringt.

Im auf Links-Grün gedrehten Politikzirkus in Berlin samt seinem staatstragenden Medienapparat lobt man Merksels geplantes Abschied von der Marktwirtschaft als alternativloses Erfolgsmodell. Daran hat auch die Bundestagswahl nichts geändert. Irgendein Aufbegehren einer der Grossparteien gegen kommende Ökodiktatur? Fehlannonce.

#### «Jamaika» oder «Ampel» statt bürgerlich

Wie auch immer die neue Regierungskoalition zusammengebastelt sein mag – aus Konservativen, Grünen und Liberalen («Jamaika») oder aus Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen («Ampel») –, ein Befreiungsschlag aus der Merkel-Ära steht mit ihnen nicht in den Startlöchern. Wie sehr Deutschland nach links abgeglitten ist, zeigt das Folgende:

**Eine Koalition zwischen CDU/CSU, FDP und AfD hätte jetzt eine konservative Mehrheit im Bundestag. Doch davon will gar niemand etwas wissen, nicht einmal wird darüber geredet, geschweige denn verhandelt.**

Die bunten Farben der Parteien mögen sich zwar nach wie vor deutlich voneinander unterscheiden, für ihre

## LACHEN VERBOTEN!



Diskussion im kleinen Kreis über die Frage, wer schon wie lange verheiratet ist. Ein älteres Ehepaar bekundet treuherzig: «Wir sind nun über 45 Jahre verheiratet, und wir hatten es immer sehr harmonisch. Es gab nie Auseinandersetzungen und niemals Streit!» Applaus der Anwesenden. Später meint ein Zuhörer im noch kleineren Kreis: „Entweder haben sie nicht die Wahrheit gesagt – oder sie hatten es schrecklich langweilig!“

inhaltliche Ausrichtung gilt das jedoch nicht. Und weil sich Deutschland so extrem nach links verschoben hat, ist die spassige Redewendung, Merkel sei so etwas wie «Honeckers Rache», vielleicht doch alles andere als ein Witz.

#### Kraft für die Wende zum Besseren?

Aber die Hoffnung sollte man bekanntlich nicht aufgeben. Vielleicht werden ja noch die äusseren Umstände während der neuen Legislaturperiode Reformen herbeizwingen, die man aus heutiger Sicht noch gar nicht absehen kann.

Fortsetzung auf Seite 5

#### Der Traum von der Weltbühne

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl







# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loizwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



So wie bisher kann es jedenfalls nicht weitergehen: Das Europrojekt taumelt von einer Krise zur nächsten, die immer neuen schwarzen Löcher, die es reisst, werden unbezahlbar und ruinös, die Konjunktur steht vor einem Energiepreisschock, die Staatsschulden wuchern aus, den Sozial- und Rentenkassen droht der Kollaps, die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank zerstört die Ersparnisse. Und nun erhebt zu allem Übel auch noch das Inflationsgespenst sein finsternes Haupt.

Vielleicht entspringt ja aus einer echten Krise – auch wenn sie zunächst Belastungen und Leid bringt – die Kraft für die überfällige Wende zum Besseren. Zumindest wäre es nicht das erste Mal, dass eine Krise die Deutschen dazu anhält, selbst die grössten Probleme lösen und überwinden zu wollen, und dass sie das dann auch schaffen.

Thorsten Polleit



## Ihr Inserat

*in der Schweizerzeit:*

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**  
Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## «Das aktuelle Zitat»

«Der Überlebenswunsch der einfachen Leute verhilft denen zum Sieg, die am grausamsten sind. Dass die Afghanen die Taliban hinnehmen, bedeutet nur, dass sie lieber islamistisch regiert sein wollen als sterben.»

*Prof. Dr. Erich Weede, em. Soziologieprofessor an den Universitäten Köln und Bonn, in «Junge Freiheit» Nr. 37/2021*

\*

«Das Rechtsstaatsprinzip ist bereits schwer beschädigt. In der Pandemie wurde der Grundsatz ins Gegenteil verkehrt, wonach der Staat Freiheitsbeschränkungen rechtfertigen und die Tatsachen, die zur Rechtfertigung dienen, beweisen muss. Jetzt muss der Bürger beweisen, dass er ungefährlich ist, und demnächst muss er auch noch die Kosten für die Beweisführung tragen – in Form eines Corona-Tests.»

*Dietrich Murswiek, Staatsrechtler, in der «Bild»-Zeitung vom 15. September*

## Nur halbrichtig



Die Direkte Demokratie, die unmittelbare Mitsprache der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu allen wichtigen Sachfragen bewahre die Schweiz vor blutigen Revolten. So belehrte die NZZ am Sonntag kürzlich (3. Oktober 2021) ihre Leserschaft – wenigstens in einer Gastkolumne.

Die Direkte Demokratie lasse auch Minderheiten zu Wort kommen und gestatte diesen gar, Obrigkeiten zurückzubinden, zu korrigieren. Das bewahre den Staat vor aus politischer Ohnmacht entstandenen Unruhen. Recht hat er, dieser Gastkolumnist. Freilich nur zur Hälfte.

Denn er spart aus, dass Direkte Demokratie Obrigkeiten, Regierungen auch verpflichtet, die in Direkter Demokratie Tatsache gewordenen Entscheide vollumfänglich zu respektieren. Auch wenn das, was das Stimmvolk auf der Grundlage von Verfassungs-Garantien beschlossen hat, der ursprünglichen Empfehlung des Bundesrats und seiner Verwaltung nicht entspricht.

Und da bestehen bedenkliche Lücken: Wann endlich wird die – von Volk und Ständen bereits vor Jahren angenommene – Initiative, die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer festlegt, endlich umgesetzt? Wann endlich wird die – von Volk und Ständen längst gutgeheissene – Initiative gegen die Masseneinwanderung umgesetzt? Wann verschwinden die peinlichen Ausflüchte, internationale Funktionäre könnten am wortgetreuen Vollzug solcher in Direkter Demokratie entstandenen Aufträge Anstoss nehmen? Wann wird das Nein zur Treibstoff- und Heizöl-Verteuerung, ausgesprochen im vergangenen Juni mit dem Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, endlich wortgetreu respektiert? Frau Sommaruga, Herr Cassis, Frau Keller-Sutter: Wer sich dagegen wehrt, tritt die Direkte Demokratie mit Füßen!

Direkte Demokratie ist nicht Beschäftigungstherapie für diskussionsfreudige, ihrer Rechte aber beraubte Untertanen. Ohne Respekt der Regierung vor dem Souverän und seinen nach den Verfassungsregeln erteilten Aufträgen keine Direkte Demokratie.

Derzeit regiert Bundesbern mit sich selbst erteilten Vollmachten – die Direkte Demokratie substantiell ausklammernd. Daraus resultieren Corona-Befehle und -Gegenbefehle. So versucht die Funktions-Bürokratie, die Direkte Demokratie schachmatt zu setzen. Das muss spätestens am 28. November an der Urne korrigiert werden – mit deutlicher Verwerfung der Covid-Regulierung, zu oft aus missbrauchten Vollmachten entstanden.

Ulrich Schlier

Spalte rechts



Begegnung mit einem Unternehmensberater

# Das F.E.E.®-Prinzip

Unternehmen, die per Inserat in der Schweizerzeit Kunden gewinnen wollen, wecken immer auch die Neugier der Redaktion. So kam die Begegnung mit dem F.E.E.®-Prinzip zustande.



Unternehmen setzen sich Ziele. Ihre ganze Planung ist auf Zielerreichung ausgerichtet.

Der aus Oberengstringen bei Zürich das F.E.E.®-Prinzip verbreitende Unternehmensberater Paul N. Burch erachtet allein die auf Zielerreichung ausgerichtete Planung allerdings als ungenügend, als zu oft Fehlschläge auslösend.

## Die eigenen Stärken kennen

Paul N. Burch rät Firmen, ihre Planung anders auszurichten. Planung habe sich an Wachstum und Gestalt eines Baumes zu orientieren. Der Stamm des Baums mündet in eine erste, die Hauptäste dann in die zweite, weitere Äste in die dritte, vierte usw. Astgabel. Jeder Baum verästelt sich vielfältigst – so wie sich das Wirken der Menschen in vielfältigste Tätigkeiten verästelt, auf dass all die unzählbaren Bedürfnisse gestillt werden, die von aktiven, ihr Leben gestaltenden Menschen ausgehen.

Die erste Frage, die sich der aktive Unternehmer stellen muss, lautet daher: Was kann ich? Und was für Bedürfnisse kann ich mit dem, was ich kann, optimal und effizient erfüllen?

Dabei ist Leitmotiv, dass sich Erfolg für Unternehmer und Unternehmen einstellt, die anders sind, Anderes, Spezielleres anbieten können. Wer bloss andere kopiert, dem bleibt Erfolg versagt. Erfolgreich ist, wer anders ist. Und aus dieser Denkarbeit Schlussfolgerungen zu gewinnen, das ist, führt Paul N. Burch aus, Chefsache.

Gewinnt der Unternehmer Klarheit in diesen grundlegenden Fragen, kann er die Anforderungen an sich und seine eigene Firma festlegen, wie er Kunden gegenüber jene Qualität in Arbeitsweise und Produkten garantieren kann, welche die von Kunden formulierten Bedürfnisse am besten erfüllen können.

Das F.E.E.®-Prinzip geht aus vom Fraktal (F), also von der Astgabelung, von der Verästelung von Bedürfnissen und Möglichkeiten. Damit kommt man schliesslich auf jenen Tätigkeitszweig, auf dem man selbst Effizienz (E) und Einfachheit (E) aller Abläufe herbeiführen und garantieren kann. Dafür steht das F.E.E.®-Prinzip.

## Nicht nur für die Wirtschaft

Dieses in bereits rund fünfhundert Betrieben zur Anwendung gelangende F.E.E.®-Prinzip kann, wie sich deutlich zeigt, nicht bloss Wirtschaftsbetrieben zu aus Einfachheit der Abläufe resultierender Effizienz verhelfen. Auch Schulen, auch öffentliche Verwaltungen können unter Anwendung dieses Prinzips ihre Abläufe vereinfachen und damit an Effizienz gewinnen.

Rund hundertfünfzig Institutionen des Gesundheitswesens (Spitäler, Seniorenheime usw.) arbeiten heute schon auf der Grundlage dieses F.E.E.®-Prinzips. Ebenso zahlreiche öffentliche Werke (Kehrichtverbrennungsanlagen, Verkehrsbetriebe), und viele grosse auf landwirtschaftliche Betriebe ausgerichtete Treuhandfirmen wenden das F.E.E.®-Prinzip an – eingeführt durch die Beratungsfirma von Paul N. Burch.

Es fusst auf der Überzeugung, dass erfolgreiche Unternehmensführung vom Chef bzw. vom Management einer Firma klare Vorstellungen bezüglich der zu verfolgenden Ziele verlangt und die zur Erreichung der Ziele erforderlichen Mittel genau bestimmen kann. Nur wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, wird Arbeitsabwicklung in einfacher Struktur möglich, die ein Maximum an Effizienz zu garantieren vermag.

S.

*Das Gespräch mit Paul N. Burch, Inhaber der Firma F.E.E.®-Consult AG mit Sitz in Oberengstringen (ZH), führte Ulrich Schliuer.*

## Paul N. Burch

ist einerseits als Unternehmensberater tätig, indem er das F.E.E.®-Prinzip auf die konkrete Tätigkeit von Firmen abstimmt und die das Prinzip übernehmenden Firmen bei dessen Einführung berät und begleitet.

Paul N. Burch ist auch begeisterter Schützenfreund. Er war fünfzehn Jahre Quästor der Schützengesellschaft der Stadt Zürich, also der Hausherrin des Schützenhauses Albisgüetli.

Vor zehn Jahren war Paul N. Burch Bastiansvater der St. Sebastiansgemeinde in Olten, die bei allen Schützen in der ganzen Schweiz legendären Ruf geniesst. Als Bastiansvater hat Paul N. Burch damals Christoph Blocher für das alljährliche Hauptereignis, die Bastiansansprache, eingeladen. Paul N. Burch ist zudem in mehreren Vereinen aktiv. Viele Jahre war er Präsident der FDP in der Gemeinde Oberengstringen.



Wahrheit oder «Blick»?

# Der «Sturm aufs Bundeshaus»

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Delegitimierung und Kriminalisierung von Kritikern der Corona-Politik geht unvermindert weiter. Politik und Medien hetzen Hand in Hand. Ein Beispiel.



Am 16. September 2021 fand in Bern eine Demonstration von Massnahmegegnern statt. Die Massenmedien hatten danach von einem «Sturm aufs Bundeshaus» Mitte September fabuliert. O-Ton des «Blick»: «Seit Monaten träumen radikale Massnahmen-Gegner vom Sturm auf das Bundeshaus.»

## Aus 10'000 macht der Blick «über 1'000»

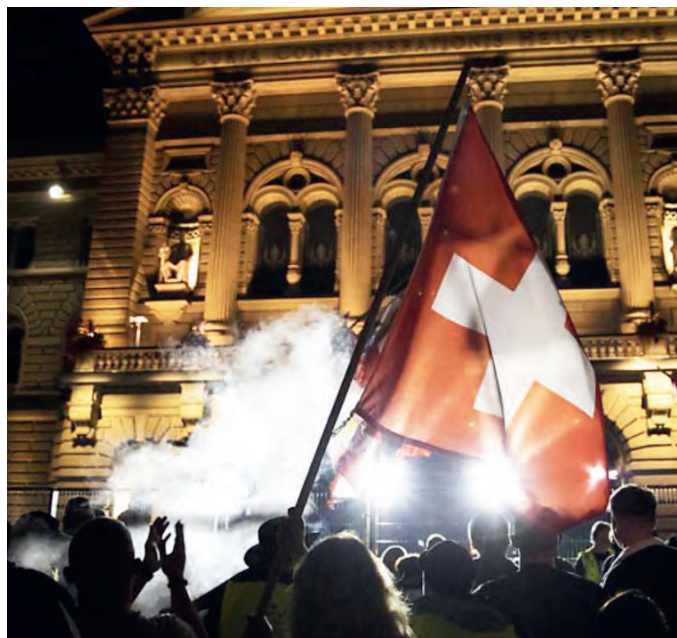
Ein Gewährsmann berichtet: «An dem Abend war ich friedlich an der Demo gegen die Covid-Massnahmen. Unter den ca. 15'000 Demonstranten (Anm. d. Verf.: die Presse sprach von 3'000–4'000, der «Blick» von «mehreren tausend» Menschen) waren auch viele Politiker, hohe Militärs, Stadträte, welche ich kannte. Es waren viele Trychler da, man sah viele Fahnen. Die Teilnehmer waren aus allen Altersgruppen, viele Familien, alles normale Menschen, kein Vergleich mit den Demonstranten, die man sonst in Bern sieht.»

«Alle waren friedlich, es gab keinerlei Sachbeschädigungen, keine Gewalt, ausser von der (Anti)fa, welche einem Freiheits-Trychler zwei Zähne ausgeschlagen hat. Ich beobachtete einen etwa achtzig Jahre alten Mann, der mit einem schwebewaffneten Polizisten sprach: Ob er seine Arbeit mache, weil er das müsse, oder weil er das wolle? Statt einer Antwort erhielt er eine Ladung Pfefferspray ins Gesicht. Auf dem Bundesplatz haben wir die Nationalhymne gesungen. Einige sagten zum Spass «Wir befreien Ueli Maurer» und riefen «Free Ueli, free Ueli», als sie am Zaun rüttelten. Daraufhin begann plötzlich der massive Wasserwerfereinsatz, auch gegen Kinderwagen.»

## Gummischrot und Tränengas

«Dann kam es zu einem massiven und völlig unverständlichen Einsatz von Tränengas. Mich traf sogar ein Gummischrot-Geschoss, obwohl ich völlig harmlos mit einer Familie mit Kindern unterwegs war. Einzelne Polizisten (darunter auch solche ohne Uniform) haben wahllos Menschen herausgeknebelt. Bis zu zehn Polizisten gingen auf einen von uns los, und jeder, der in die Nähe kam, wurde mit Pfefferspray bedient. Ich fand das ehrlos. Kinder und alte Menschen weinten. Ich habe mit ein paar Kurden, welche ebenfalls da waren, gesprochen. Sie sagten: «Wir sind vor der Diktatur geflüchtet, jetzt haben wir wieder eine.»

«Ich habe noch nie erlebt, dass wir so behandelt wurden. Die Staatsmacht ist offenbar der Feind des eige-



«Möglichen Sturm aufs Bundeshaus verhindert» (Tages-Anzeiger)

nen Volkes. Alle waren über den unverhältnismässigen Polizeieinsatz erschrocken. Ich musste erfahren, dass sich der Rechtsstaat Schweiz in einen Polizeistaat verwandelt hat. Der Kadavergehorsam der Polizei, die Kälte, das hat mich erschreckt. Ich habe für dieses Land Dienst geleistet, ich habe gekämpft. Mein Staatsverständnis ist nachhaltig erschüttert.»

Hermann Lei

## Churz & Bündig

Wie wurde Donald Trump doch weltweit verschrien und verflucht, er hätte mit Wladimir Putin geheime Zusammenarbeit an allen demokratischen Institutionen der USA vorbei klammheimlich vereinbart. Trump bestritt diese Unterstellung immer energisch und beschuldigte Exponenten der Demokratischen Partei als Drahtzieher eines eigentlichen Komplotts gegen ihn als Präsidenten der USA. Eine vom Parlament angeordnete richterliche Untersuchung sollte Klarheit schaffen. Und siehe da: Exponenten der Demokraten, allen voran Hillary Clinton, 2016 seine ihm unterlegene Gegenkandidatin in den Präsidentschaftswahlen, haben das Gerücht solch geheimen Einvernehmens zwischen Trump und Putin, das sich jetzt als reine, böswillige Erfindung herausstellt, in Umlauf gebracht. Und siehe weiter: Weltweit übergehen (fast) alle Medien die Richtigstellung der damals skrupellos in die Welt posaunten Unterstellung.

us



# Leserbriefe

## Eine brauchbare Energiestrategie

Ich war beruflich in der Elektrobranche tätig und bin seit etwa zwanzig Jahren Mitglied der AVE (Aktion für eine vernünftige Energiepolitik) und der «Kettenreaktion» (Verein zur Unterstützung der Kernenergie). Die «Energiestrategie 2050» ist total verfehlt und kann nicht verwirklicht werden. Was meiner Ansicht verwirklicht werden muss: Wasserkraft ausbauen, sowie Bau von einem bis zwei neuen, modernen Kernkraftwerken. Zudem muss das Greina-Stausee-Kraftwerk aus der Schublade geholt und gebaut werden (Kernkraft-Strom für Grundlast, Stausee-Strom als Reserve für Winterlast). Im weiteren müssen die Subventionen für Sonnen- und Windenergie gestrichen werden. Diese Energie wird nötig für Elektroauto. Ebenso muss die Wasserstoff-Produktion vorangetrieben werden.

*Othmar Lengwiler, Mörschwil SG*

## Kohäsionsmilliarde wozu?

Nun ist auch das Parlament eingeknickt und schenkt der EU eine weitere «Kohäsionsmilliarde» ohne jede Gegenleistung. Einerseits um die EU milde zu stimmen (!), andererseits – wie von Brüssel verlangt – als Preis für den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Das ist absurd. Die Schweiz gewährt bekanntlich der EU ebenfalls Zugang zu ihrem Markt. Sie bezieht zudem mehr Waren aus der EU als die EU aus der Schweiz. Müsste die EU der Schweiz also nicht – proportional zu den Warenumsätzen – eine höhere «Kohäsionszahlung» leisten? Als Gipfel der Unverschämtheit hat die EU verlauten lassen, dass sie nach erfolgter Zahlung weitere Kohäsionsmilliarden erwartet. Es wäre interessant, von der EU zu erfahren, ob andere Länder, beispielsweise die USA, den Zugang zum EU-Markt

auch mit «Kohäsionsmilliarden» honorieren. Selbstverständlich tun sie das nicht.

*Otto Weiersmüller, Uetikon a.S. ZH*

## Eine verkehrte Welt

Die Kontrolle für Einreisende, die beispielsweise aus dem Kosovo kommen, ist dringend, nicht weil sie ausländischer Herkunft sind, sondern weil dort, wo sie herkommen, das Virus grassiert und wir unsere Bevölkerung schützen müssen. Es ist eine verkehrte Welt: Vor lauter Korrektheit gegenüber Mitmenschen mit Migrationshintergrund, weil man Angst hat, als «ausländerfeindlich» betitelt zu werden, tut man das Richtige nicht – zum Nachteil aller.

*Alex Schneider, Küttigen AG*

## Staatsabhängige Medien?

Im Hinblick auf die vorgesehene unsägliche Subventionierung grosser Medienhäuser durch den Staat ist der Vorschlag von Prof. Otfried Jarren, Medienwissenschaftler an der Uni Zürich, bezeichnend. In typisch deutscher, staatsgläubiger Manier schlägt er eine staatliche «Qualitätskontrolle» der Medien in Form einer Zertifizierung vor. Die «Verdeutschung» der Schweiz an den Unis, in der Verwaltung sowie in anderen zentralen Stellen nimmt bedenkliche Formen an. Nichts gegen unsere Nachbarn aus dem Norden. Aber sie ticken nun mal etwas anders, und es ist an der Zeit, darauf zu achten, dass die dortige Denkart und Regulierungswut hier nicht überhandnimmt.

*Werner E. Wiedmer, Biel BE*

## Wetten dass...

Als die Kennzahlen das erwartete Ende der Balkan-Welle erkennen liessen, hat Bundesrat Berset noch schnell die Zertifikats-Karte gezogen. Warum? Erstens kann er sich damit brüsten, er habe die Balkan-Welle besiegt. Zweitens: Er kann damit die zur Abstimmung kommende Verschärfung des Covid-Gesetzes als relevant und dringlich darstellen. Drittens: Er hat wieder etwas in der Hand, das er als mögliche Lockerung versprechen kann, ohne jedoch daran gebunden zu sein. Damit er auf keinen Fall eine Aufhebung des Berset-Maulkorbs anordnen muss. Auf diese drei Motive könnte man gut sagen «Wetten dass...»

*Elmar Hasler, Opfikon ZH*

## Gedankensplitter Hans Krause (2)

### Der Energiemix

Bis heute gilt als Energiemix bezüglich Stromerzeugung:

- Die Stromerzeugung erfolgt zu rund 60 Prozent aus Wasserkraft, zu rund 40 Prozent aus Kernenergie.
- Die Opposition gegen die Kernenergie entwickelte sich erst in den Siebzigerjahren (Kaiseraugst).
- Auf Januar 1999 trat ein neues Energiegesetz in Kraft (umweltverträgliche Energie-Erzeugung, sparsame Energienutzung, Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien).
- Am 1. Mai 2000 trat das CO<sub>2</sub>-Gesetz in Kraft. Es legt verbindliche Ziele für die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses fest.



**Murmeltiersalbe  
von Exmonte**  
– Preis-Leistungs-Sieger

exmonte@bluewin.ch  
www.exmonte.ch  
062 875 27 40



### Schwere Nebenwirkungen

Beim Impfscheid steht einzig und allein die impfwilige Person, die sich dafür entschieden hat, in der Eigenverantwortung. Bei schweren Nebenwirkungen ist die betroffene Person letzten Endes allein! Weshalb wird so wenig über Nebenwirkungen und die Not der Betroffenen berichtet? Schwere Impfverläufe sind zwar selten, aber es gibt sie. Ungeimpfte und ungetestete Mitmenschen (aus welchen Gründen auch immer), sind deshalb nicht unsere Feinde und dürfen nicht wie Aussätzige behandelt werden.

*Marcus Stoercklé jun., Basel*

### Drangsalierung beenden

Am 28. November stimmen wir über eine Anpassung des Covid-19-Gesetzes ab. Entscheidend ist Artikel 1a, wonach der Bundesrat die Kriterien für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens festlegt. Damit erhält er faktisch die Befugnis, das Leben der Bevölkerung nahezu beliebig einzuschränken. Aber der Bundesrat verliert kein Wort darüber, dass sich die Bevölkerung auf natürliche Weise schützen kann – nämlich mittels gezielter Stärkung des Immunsystems. Im April kündigte der Bundesrat die Normalisierungsphase an. Doch wo bleibt die Aufhebung der Massnahmen? Stattdessen wurde das Covid-Zertifikat eingeführt. Was folgt als nächstes? Geben Sie

AUS GRENDELMEIERS

### <<REICH DER MENSCHEN>>

Alter

Das Alter macht klüger; man kann dies beweisen:  
Die Stirne wird höher, sobald wir vergreisen.



Gegensteuer und stoppen Sie die Drangsalierungen des Bundesrates – mit einem NEIN zum Covid-19-Gesetz.

*Bruno Dudli, Kantonsrat, Sonnental SG*

### Kompliment an Ulrich Schlür

Zum Artikel «Hier fehlt ein Bild» von US in der SZ Nr. 17/21 ein grosses Kompliment und ein Gedanke: Sie sind der einzige Mensch, der den warnenden Finger auf das brandgefährliche Zitat «zeitgemässe Interpretation» des Zürcher SP-Professors und Ständerates Daniel Jositsch hält. Ich könnte Ihnen Zitate aus dem Koran aufzählen, wo der Islam jegliche Koexistenz mit einer andern Religion ablehnt und somit die «zeitgemässe Interpretation» mit Begeisterung und als Zeichen der Unterwerfung in seine Argumente einbaut. Sie und Ihre Parteifreunde sind die einzigen, die vorausschauend auf die drohenden Gewitterwolken am Horizont hinweisen. Diese Wolken sehen wir in der ständigen Zunahme von Muslimen in Winterthur, dem «Neukölln der Schweiz».

*Caspar Rutz-Rüegg, Winterthur*

## Heimatverkäufer oder Gesslers neuer Hut



August 2021 im mondänen Promi-Ort in den Schweizer Bergen. Gebannt lauscht eine Gruppe schwerreicher ausländischer Zuhörer im Auditorium des Luxushotels den Worten des Redners am Stehpult. Der Mann, ein Schweizer von nationaler Bekanntheit und hoher Reputation, hatte sich zum Thema «Schweiz – unsere Heimat» in Fahrt geredet: «Unsere Heimatliebe definiert sich nicht im Absingen der Nationalhymne, wir erbringen auch Opfer im Dienste des Landes.»

Kein Zweifel, er verfügte über rhetorisches Talent, kam gut an mit seinem plakativen Patriotismus als «geographische Loyalität», unters Volk gestreut wie leicht entflammbarer Müll, gebrauchsfertig für die Fackel des Demagogen.

Von wegen Heimatliebe: leere Worthülsen! Hier sprach ein europaweit tätiger Schweizer «Passhändler» als Repräsentant einer relativ neuen Berufsspezies. «Passhändler» machen Geschäfte mit der Schweizer Staatsbürgerschaft als Handelsware. Das Business floriert nach der Handlungsmaxime: «Swiss Passport for Cash». Das Geschäftsmodell ist so einfach wie einträglich: Der «Rote Pass» wird gegen viel Geld an wohlbetuchte Ausländer verhökert.

Möglich wird ein solcher Deal, weil sich unsere Bürgerrechts-Gesetzgebung stark gewandelt bzw. gelockert

hat, sodass man durch gekaufte Einbürgerung zum Eidgenossen mutiert. Reiche Nahost-Länder (Domäne: Petro Dollar) werben ungeniert mit dem Slogan: «Möchten Sie Schweizer werden?» Der Rest ist Routine. Der wohlbetuchte Ausländer – Chinesen, Japaner, US-Amerikaner und vornehmlich reiche Russen – zeigt nebst Interesse enorme Finanzkraft, und der «Passhändler» erledigt das Übrige. Legt nun wenigstens das Schweizer «Staatssekretariat für Migration» (SEM) sein Veto ein? Nein! Zu geräuschabdeckend übertönt das Klingeln der «Silberlinge» jedweden Protestlaut. (Dortige Recherche-Anfrage blieb unbeantwortet – die Red.)

Auch Bundesbern zeigt sich in Handhabung solcher Einbürgerungs-Abläufe von atypischer Flexibilität. Selbst ausserehelich im Ausland gezeugte und geborene Kinder profitieren von der «erleichterten Einbürgerung». Vorausgesetzt, der biologische Vater zeigt sich via Geldfluss an die Staatskasse von ähnlicher Potenz wie zuvor im Lotterbett. Stoppt Bundesbern dieses Treiben? Im Gegenteil – in der Metapher gesprochen: Man baggert das (Geld-) Flussbett aus!

Triste Erkenntnis: Willig neigen wir das Haupt vor «Gesslers neuem Geldhut», und weit und breit ist kein Tell in Sicht.

*Charly Pichler*

*pichler@thurweb.ch*



brother  
at your side

## Die weitaus besten Brother-Drucker s/w, mit ganzen 5 Jahren Vollservice!



### Drucken, Kopieren, Scannen, Faxen 4-in-1 Mono-Laserdrucker

Das moderne, platzsparende Design dieses Monolaser-Multifunktionsgerätes ist ein erster Hinweis auf seine zukunftsweisenden Features. Das Brother MFC-L6970DW läuft zur Höchstform auf, wenn maximale Produktivität und Kosteneffizienz gefordert sind. Ein Druckvolumen von bis zu 10'000 Seiten im Monat bringt Bewegung ins Business – genau wie die hohe Druckgeschwindigkeit: Das Monolaser-MFC bringt es auf 50 Seiten in der Minute. Bis zu vier zusätzliche Papierschächte à 520 Blatt, machen das Drucken und Kopieren zu fließenden Prozessen, die gerade bei «Hochdruck» nicht durch häufiges Papier-Nachfüllen oder Toner-Wechseln unterbrochen werden müssen. Kombiniert mit dem automatischen Duplexdruck, senkt der Allrounder die Folgekosten für Verbrauchsmaterial damit deutlich.

Dank Web- und Mobile-Connectivity sowie NFC sorgt das Gerät für drahtloses Drucken über Smartphone und Tablet. Die Daten-Sicherheit hat beim Brother MFC-L6970DW oberste Priorität. Die Benutzersperre stellt per Authentifizierung sicher, dass Drucke nur von autorisierten Usern beauftragt und abgeholt werden können; optional auch über einen externen IC-Kartenleser, der am Gerät angeschlossen werden kann.

### Highlights

- Drucken, Kopieren, Scannen, Faxen
- Drucken bis zu 50 Seiten/Minute
- Scannen bis zu 100 Seiten pro Minute (Bilder)
- Automatischer doppelseitiger Druck in einem Durchgang
- Komfortables, intuitiv bedienbares 12.3cm Touchscreen
- Highspeed verkabelt (10Base-T/100 Base-TX/1000 Base-T) und drahtlos (IEEE 802.11b/g/n) Netzwerk
- NFC (für mobiles Drucken und Kartenauthentifizierung)
- Wi-Fi Direct
- Standard-Papierkapazität 520 + 50 Blatt
- Bis zu zwei zusätzliche Papierschächte oder Tower-Tray mit 4 x 520 Blatt
- Inkl. Secure Print Plus, Custom UI & Barcode App
- Abmessungen: 495 x 427 x 518 (B x T x H), 19 kg

#### MFC-L6970DW

inkl. MWST.  
Fr. 1249.00

MPS pro Monat

Fr. 5.00

mit:

**Volle 5 Jahren VorOrt-Garantie**

(auch für 3 oder 4 Jahre möglich)

**Fixpreis pro Kopie 1,0 Rp.**

vollautomatisierte Lieferung Supplies

Gratis Hotline

**Gratis A3-Multifunktions-Gerät farbig**

Optionen:

Papierschacht für 250 Blatt

Fr. 229.00

Papierschacht für 520 Blatt

Fr. 259.00

4 x 520 Blatt Papierschacht

Fr. 899.00

Unterschrank

Fr. 169.00

Drucker mit MPS-Service  
IT-Systeme und Zubehör  
Toner und Tinten usw.

**OCoTex AG**  
Schöngrund 33  
6343 Rotkreuz

**041 799 5000**  
info@ocotex.ch  
www.ocotex.ch

Bieten auch  
Beratung, Support  
und Reparaturen

**OCoTex**  
Office Communication Text Management



# Die weitaus besten Brother-Drucker farbige, mit ganzen 5 Jahren Vollservice!



## Drucken, Kopieren, Scannen, Faxen 4-in-1 Farb-Laserdrucker

MFC-L9570DW: Volle Kraft voraus für Produktivität und Effizienz Drucken, kopieren, scannen, faxen – Vielseitigkeit ist für den Farblaser-Allrounder Brother MFC-L9570DW eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie die volle Power, die es als Flaggschiff-Modell bietet: Mit einem monatlichen Druckaufkommen bis zu 6'000 Seiten, einer Druckgeschwindigkeit von bis zu 31 Seiten in Schwarz-Weiss und Farbe pro Minute sowie einer brillanten Druckqualität von bis zu 2400 x 600 dpi, löst der Alleskönner grosse Aufgaben in kleinen und mittleren Unternehmen. Dafür wendet das Farblaser-Multifunktionsgerät jedoch erstaunlich wenig Material und Kosten auf. Mit einer neuentwickelten Technologie unter seiner attraktiven, widerstandsfähigen Aussenhülle, verwendet das Multitalent von vorneherein weniger Toner für sattere Farben und kräftigeres Schwarz. Über Lower Trays sowie ein Tower Tray kann seine Papierkapazität um max. 3 x 250, 2 x 500 oder 4 x 520 zusätzliche Blätter ausgeweitet werden. Gerade bei grossen Aufträgen wird die Nachfüll-Häufigkeit für Papier damit wesentlich reduziert. Der Papierverbrauch selbst bleibt dank Duplexdruck und -scan dabei angenehm niedrig.

Hoch bleibt hingegen der Bedienkomfort des leistungsstarken Farblaser-All-in-One, der mit seinem 17,6 cm grosses LCD-Touchscreen genauso mühelos steuerbar ist wie über Smartphone, Tablet oder NFC (Near Field Communication).

**20% Rabatt für «Schweizerzeit»-Abonnenten**

(gilt auch für Preis der Kopien)

## Highlights

- Drucken, Kopieren, Scannen, Faxen
- Drucken: Bis zu 31 Seiten pro Minute farbig
- Scannen: Bis zu 100 Seiten pro Minute (Bilder)
- Papierzufuhr: Bis zu 2380 Blatt
- Original-Einzug bis 80 Blatt mit Doppelscan
- 17.6 cm Touchscreen
- NFC (für Mobile-Print/-Scan & Kartenauthentifizierung)
- USB, WLAN & verkabeltes Gigabit-Netzwerk
- Optionale Papierzufuhr bis zu 2 Zusatz-Schubladen 250 oder 520 Blatt oder Tower-Tray 4 x 520 Blatt
- PCL6, BR-Script 3 Emulation
- Web/Mobile-Connectivity, Apple Airprint Funktion und Brother Apps
- Mit Brother Open Interface (BSI)
- Abmessungen: 495 x 526 x 549 (B x T x H), 29,7 kg

**MFC-L9577CDW**

inkl. MWST.  
Fr. 1399.00

MPS pro Monat

Fr. 10.00

mit:

**Volle 5 Jahren VorOrt-Garantie**

(auch für 3 oder 4 Jahre möglich)

**Fixpreis pro Kopie 1,3 Rp. (8,8 Rp. farbig)**

vollautomatisierte Lieferung Supplies

Gratis Hotline

**Gratis A3-Multifunktions-Gerät farbig**

Optionen:

Papierschacht für 250 Blatt

Fr. 229.00

Papierschacht für 500 Blatt

Fr. 259.00

4 x 520 Blatt Papierschacht

Fr. 899.00

Drucker mit MPS-Service  
IT-Systeme und Zubehör  
Toner und Tinten usw.

**OCoTex AG**  
Schöngrund 33  
6343 Rotkreuz

**041 799 5000**  
info@ocotex.ch  
www.ocotex.ch

Bieten auch  
Beratung, Support  
und Reparaturen

**OCoTex**  
Office Communication Text Management

Geboren aus Tricks und Kniffen

# Die EU-Währungsunion

von Dr. h. c. Beat Kappeler, Ökonom und Buchautor, Hinterkappelen BE

Liest man die Geschichte der Währungsunion rückwärts, wie sie Schritt für Schritt geplant und verwirklicht wurde, erblickt man zwei Dutzend Regenten und Kommissionsmitglieder, die ohne Abstützung in Parlamenten oder Abstimmungen und sogar an Regierungen vorbei über Jahre planmässig vorgingen, sozusagen getrieben von einer im Voraus definierten Eigendynamik.



Der luxemburgische Premier Pierre Werner legte 1970 den Plan zu einer Währungsunion vor, der keinen Anklang fand. 1972 gründeten viele Länder oder Notenbanken den Europäischen Wechselkursverbund, der enge Auf- und Abwertungsspielräume bestimmte. Ihm folgte 1979 das Europäische Währungssystem, ebenfalls mit begrenzten

Spielräumen (die jedoch durch mehrfache französische und italienische Abwertungen, dann durch den Sturz des britischen Pfunds überspielt wurden). In jenem Vertrag trat das ausdrückliche Ziel einer Währungsunion auf.

Die «Einheitliche Europäische Akte», ein Reform- und Ausbauvertrag der damaligen EWG, enthielt dann wieder das Ziel der Währungsunion und schuf ab 1987 die Kompetenz zu Währungsmassnahmen.

## An den Mitgliedstaaten vorbei

Die Schaffung des Euro selbst geriet zu einem zentralen Stück der Vermachtung unter Ausschluss der Parlamente, ja sogar vieler Mitgliedregierungen. Diese wurden 1989 in den Euro gemobbt, von einem harmlos erscheinenden Komitee der Zentralbanker unter EU-Kommissionspräsident Delors.

Diesen Weg der Unterwerfung, der Vergemeinschaftung deckte der Historiker Harold James auf, der die geheimen Protokolle der Europäischen Zentralbank (EZB) auswerten durfte. Auf 560 Seiten bringt er nicht Moralien, sondern nur Zitate, aber die sind niederschmetternd.

Der westdeutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher hatte von den dauernden Abwertungen Südeuropas und Frankreichs genug und schlug einen «europäischen Währungsraum» vor, nicht eine Währung. Die EU-Gipfelkonferenz in Hannover 1988 beauftragte daher ein Komitee von zwölf Zentralbankchefs mit der Sondierung. Als aber der Kommissionspräsident der EU, Jacques Delors, als Vorsitzender bestimmt wurde, bezeichnete der britische Finanzminister dies als «disaster». Der Chef der Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, telefonierte sogar dem Bundeskanzler in die Hannover-Sitzung hinein, um zu protestieren.

## Delors als Steuermann

Delors aber setzte die Sitzungsmechanik gezielt in Gang: Alles sei geheim, und keiner der Zentralbanker dürfe abweichende Meinungen anderer bekannt geben und Eindruck von Meinungsverschiedenheit erwecken. Ausserdem wiederholte Delors bei Widerständen immer, das Ganze sei ein Auftrag des EU-Gipfels, daher nicht verhandelbar. Die Zentralbanker wurden zu Ausführungsbeamten der Regierungen. Als Sekretär bestimmte Delors den europhilen Tommaso Padoa-Schioppa von der italienischen Zentralbank. Als Pöhl wütend protestierte, kündigte Delors seinen Helfer einfach bei der Pressekonferenz an, damit war er gesetzt. In den sieben Sitzungen des Zentralbanker-Komitees wurden die widerstrebenden deutschen, britischen, holländischen und dänischen Zentralbanker hereingelegt. Padoa-Schioppa legte an der dritten Sitzung einen Drei-Stufen-Plan vor, und die Idee einer einheitlichen Währung kam auf. Die Kritiker bissen sich an der ersten Stufe fest, um sie möglichst unverbindlich zu halten.

## Einwände chancenlos

Pöhl kam mit dreissig Seiten Einwänden und Abänderungen: gegen einen Euro, gegen eine Zentralbank, gegen eine Vertragsänderung. Kurz danach aber war alles in den Stufen zwei und drei drin, und Padoa-Schioppa brachte es später fertig, den Schritt in die erste Stufe als nicht verbindlich für die zweite und dritte Stufe festzulegen. Delors und Padoa-Schioppa blieben übrigens nach den Sitzungen noch einen Tag zusammen, «um die Texte zu bereinigen». Gegen eine Defizitüberwachung der Mitgliedländer wandten sich Padoa-Schioppa und Delors mit Vehemenz. Delors sagte, dafür habe man ja den Binnenmarkt geöffnet, das pendle sich ein.

Gemäss einer Notiz der Briten sah Pöhl mit der Zeit aus «wie ein geknicktes Schilfrohr». Die Finanzministerien wurden allerorten nur bruchstückhaft orientiert, die Regierungschefs kaum. Sogar Margaret Thatcher sei bis zum Schluss nicht informiert gewesen. Nach Pöhl knickte der Holländer Duisenberg ein, der spätere EZB-Präsident, weil man für die konkrete Ausführung drei weitere Komitees versprach. Der britische Notenbankchef stimmte Delors am Schluss darin zu, den Bericht nicht zur Konsultation mit der eigenen Regierung zu senden, sondern sofort als *Fait accompli* zu veröffentlichen. Denn in London würde das Schatzamt verrückt werden und ihn tötlich schlagen, er schütze sich selbst.



**Fazit**

Wir lernen aus diesem Bericht, dass die grosse Politik genau so läuft, wie klein Hänschen sie sich vorstellt: Einige gerissene Leute gewinnen mit Hintertreppen-List, weil die Mehrheit feig ist bis ins Mark. Sodann gewinnt jener, der Prozedurfragen über Verfassung, Gesetz oder normalste menschliche Regungen stellt. Und da die meisten Kader in Wirtschaft und Politik studiert haben, gelten einmal vorliegende Papiere als unumstösslich. Nur die Briten wagten schon damals zu sagen: «Machen Sie mit dem Wisch, was Sie wollen», und übernahmen den Euro nicht.

Mit diesen putschähnlichen Kniffen wurde vor allem der spätere Zahlmeister Deutschland vergemeinschaftet.

Das spätere Merkel-Wort «Der Euro ist Europa» signalisiert unbegrenzte Zahlungsbereitschaft trotz laufender Verwässerung der papierenen Defizit- und Hilfspaketregeln. Dieser Satz wurde eine teure verdinglichte Sakralisierung der EU, nicht Europas. Er schwenkt auch auf die zynische Erwartung der EU- und Euro-Gründer ein, «never waste a crisis», dass also gerade die in der Hast aufgegleisten Unvollkommenheiten (man kann auch sagen, der Pfus) zu stärkerer Integration zwingen werden.

*(Auszug aus: Beat Kappeler «Der Superstaat», NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, S. 47 ff – vgl. S. 27 der heutigen Schweizerzeit)*

**Churz & Bündig**

Wissen Sie, dass es in Europa offenbar über tausend sog. «Erasmus-Babys» gibt – Nebenwirkungen von Brüssels Lockvogel-Angeboten an Studenten, am europaweiten EU-Studenten-Austauschprogramm mit dem Namen Erasmus doch auch in reicher Zahl teilzunehmen. Die dafür vorgesehenen Kredite harren offenbar erklecklicher Erhöhung – auf dass unvorhergesehene Kosten der gynäkologischen Abteilungen von Spitälern in Universitätsstädten zusätzlich gedeckt werden können. Es wird schliesslich Arbeit geleistet in diesen studentischen Austauschsemestern!

us

**BE** Ehrensperger Partner  
Vermögensverwaltung

**Negativzinsen!  
Und jetzt?**

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG  
Hamelirainstrasse 15 | CH-8302 Kloten  
T +41 (0)44 815 59 01 | benno@ehrenspergerpartner.ch

**Covid-19****Der Standpunkt der Schweizerzeit**

- **Die Impfung gegen Covid-19 ist zweifellos mit gewissen Risiken verbunden.**
  - **Aber auch der Verzicht auf die Impfung beinhaltet Risiken.**
  - **Risikofreie Existenz wurde dem Menschen nie zugesichert – kann ihm auch heute nicht garantiert werden.**
  - **Also muss Jede und Jeder aufgrund seiner persönlichen Situation abwägen, wie er sich bezüglich der Covid-19-Impfung entscheidet.**
  - **Er entscheidet frei und in Kenntnis der Risiken, die von seinem Entscheid pro oder contra Impfung ausgehen.**
  - **Für den getroffenen Entscheid hat sich niemand zu rechtfertigen.**
  - **Und keine staatliche Instanz darf sich anmassen, jemanden für den von ihm getroffenen Entscheid, wie immer dieser ausgefallen ist, zu diskriminieren.**
- \*
- Und für die Lage jetzt und heute muss gelten:**
- **Aktionen gegen Veranstalter, Gaststättenbesitzer usw., die sich um des Überlebens ihres Betriebs, ihrer Firma oder Organisation willen obrigkeitlich erlassenen Zertifizierungs-Auflagen unterziehen müssen, bringen nichts.**
  - **Alle Anstrengungen sind derzeit vielmehr darauf zu konzentrieren, am 28. November 2021 das Covid-19-Gesetz endgültig zu Fall zu bringen – auf dass Freiheit und Selbstverantwortung in der Schweiz wieder gelten, so wie sie gemäss Bundesverfassung jedem Bürger und jeder Bürgerin gewährleistet sind.**

Das Ende der westlichen Nationalstaaten

# Was kommt danach?

Referat (gekürzt) von Frauke Petri, ehem. Vorsitzende der AfD an der Auns-Veranstaltung zum Thema «Souveränität» vom 28. August 2021 in Bern



Sehr geehrte Auns-Mitglieder! Nach meinem Besuch bei Ihnen im Jahre 2016 bin ich auch dieses Mal wieder gerne zu Ihnen gekommen, auch wenn das heutige Thema «Souveränität» nicht danach aussieht, als könnte ein deutscher Referent Ihnen als souveräne Eidgenossen dazu etwas Neues erzählen. Es lohnt

sich dennoch, die Geschichte der grossen westlichen Nationalstaaten nachzuzeichnen und die aktuelle Situation realistisch einzuschätzen, denn über die Frage ihres Fortbestands wird immer intensiver gestritten.

Wann entstanden die Nationalstaaten, und warum entfalteten sie in jüngerer Zeit eine solche Macht und auch Zerstörungskraft? Lange in der Geschichte der Neuzeit war die monarchische Herrschaft einerseits *göttlich* und damit als Macht der Kirche definiert und andererseits *dynastisch*. Die Fürstenhäuser Europas waren oft untereinander verwandt, und die Familienbeziehungen waren enorm wichtig. Diese scheinbar ewig gültigen Prinzipien wurden jedoch durch die Reformation im 16. Jahrhundert und die Aufklärung in Frage gestellt. Sie verloren rasch ihre bis dahin unantastbare Allgemeingültigkeit und lösten die Suche nach einer neuen legitimen Ordnung aus.

Der endgültige Zusammenbruch der alten Ordnung erfolgte in den Wirren der Französischen Revolution. Hier entstand die neue Idee, die die Franzosen im Kampf letztlich zur Idee der «Grande Nation» zusammenschweisste. Zwar scheiterte Napoleon, aber der nationale Gedanke verbreitete sich über weite Teile Europas und führte zur Entstehung verschiedener nationaler Bewegungen – 1861 beispielhaft zur Gründung des italienischen Staates und 1871 zur Gründung des Deutschen Reiches.

## Neue staatliche Idee

Die erste Krise der nationalstaatlichen Idee folgte bereits fünf Jahrzehnte später, als nach dem Ersten Weltkrieg mit Verdun die Begeisterung, für die eigene Nation in einen weiteren Krieg zu ziehen, stark getrübt war. Es waren dann die Nationalsozialisten in Deutschland, die den nationalen Gedanken nochmals überhöhten und ihn durch ihre Rassenlehre endgültig pervertierten. So kam es, dass die nationale Idee rund 150 Jahre nach ihrer Geburt endgültig in Trümmern lag.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Zerstörung weiter Teile Europas verlangten nach einer neuen staatlichen Idee, vor allem für die Nationen, die ihr zuvor ihre noch recht junge Existenz verdankten. Konrad Adenauer, der erste Kanzler der jungen Bundesrepublik, und Charles de Gaulle, der französische Übervater und Präsident der V. Republik, sind nicht zufällig auch die Väter des europäischen Einigungsprozesses, auch wenn die heutige Europäische Union weit über das ursprüngliche Ziel staatlicher und wirtschaftlicher Annäherung hinausgeschossen ist. Beide Politiker verband die Idee einer neuen europäischen Ordnung mit Deutschland und Frankreich als Zweierbündnis und Kristallisationskeim. Die Europäische Gemeinschaft wurde in der Folge tatsächlich ein Projekt auf Basis französischer Verwaltungsstrukturen und vor allem deutscher – und später auch britischer – Finanzierung.

## Wohin steuern die grossen Staaten Europas?

Derzeit deutet vieles auf eine vertiefte Integration der meisten europäischen Länder in die Europäische Union hin, und es scheint, als sei der von der Politik angeschobene Verwaltungsprozess kaum aufzuhalten, obwohl die EU-Bürger nicht einmal gefragt wurden.

**Offen bleibt, wie in einem solchen Superstaat der gesellschaftliche Zusammenhalt hergestellt werden soll und worin die gemeinsame staatliche Idee besteht.**

Der in Sonntagsreden viel beschworene europäische Frieden ist es jedenfalls nicht, denn die Erinnerungen an kriegerische Zeiten und eine gemeinsame Strategie der Verteidigung gegen einen äusseren Feind hielten maximal bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989. Ist allenfalls die Abwehr gegen das immer mächtigere China stark genug, um die europäischen Staaten zusammenzubringen? Wohl kaum, denn eine gemeinsame Abgrenzung gegen China ist wegen unterschiedlicher Interessen schon jetzt ein löchriger europäischer Käse.

Seien wir ehrlich: Es gibt keine gemeinsame europäische Idee, die stark genug wäre, um einen Superstaat zu tragen! Im Gegenteil: Überall in Europa gibt es Ansätze zu regionaler Autonomie oder gar Sezession (s. Katalanen, Basken, Schotten, sowie die rebellischen Völkchen in der Bretagne, der Normandie oder auf Korsika etc.

**Wie wäre es also, einmal über ein grosses Europa als friedlichen, kooperativen Flickenteppich aus vielen autonomen Einzelstaaten nachzudenken?**



Denn nur kleine Staaten oder regionale Verbände schaffen menschliche Legitimation. Wir Menschen ticken nun mal lokal und regional, wir überschauen die Komplexität des Lebens in kleinen, aber kaum in grossen Räumen. Deshalb sind die Ergebnisse politischer Regierungen in grossen Herrschaftsgebieten ausnahmslos schlechter als in kleinen. Probleme – Beispiel die Corona-Pandemie – wurden schon immer vor Ort gelöst. Selten im Plenarsaal oder am weit entfernten Schreibtisch. Dort muss man endlich lernen, die Menschen machen zu lassen.

### Recht zur Sezession

Wir Menschen müssen verstehen, dass wir in guten Zeiten für schlechte Zeiten vorsorgen müssen. Ich finde, dieser biblische Grundsatz gilt auch für die Frage der Souveränität. Warum also nicht über *ein Recht zur Sezession – also das Recht zur Abspaltung* – von Bundesländern, Kantonen oder Regionen nachdenken? Und warum sollen nicht Regionen auf Wettbewerb, Leistung und Selbständigkeit setzen? Ein solcher Wettbewerb der Ideen würde uns alle voranbringen und manche Traumtänzerie im frühen Stadium beenden. Bislang kennt nur Liechtenstein ein Sezessionsrecht. Erst 2003 eingeführt, dient es als Machtbalance zwischen dem Fürsten und den Bürgern.

Das Sezessionsrecht, so unerhört es klingt, ist der doppelte Boden für die Freiheit! Denn Sezession heisst nicht automatisch Isolation. Anders als die EU uns seit dem Brexit-Referendum von 2016 weismachen will, ist der Austritt Grossbritanniens nicht das Ende des Wohlstands auf den Britischen Inseln – im Gegenteil: Es gibt regen Handel und Personenaustausch – trotz des massiven Störfeuers aus Brüssel.

Fazit: Aus meiner Sicht dürfen wir uns nicht an den Nationalstaat als einzigen Ausweg klammern. Vielmehr soll doch jede Region in einem grösseren Ordnungsrahmen mit ihrer politischen Façon selig werden. Aber dann muss diese Region ihre Lebensweise auch selbst bezahlen – das gilt auch für marode Bundeshauptstädte wie Berlin, Washington DC oder eben auch Bern!

Ich empfehle der Auns, sich für die *Verankerung eines Sezessionsrechts für die Kantone der Schweiz* einzusetzen. Ein solcher Schritt würde grossen Widerhall bei Ihren europäischen Nachbarn finden. Und ich bin sicher: Langfristig böten sich neue Kooperationsmöglichkeiten für unseren gemeinsamen Kontinent – und zwar in Freiheit!

Frauke Petri



### Jetzt vorbestellen!

Die aktuelle Broschüre:  
«Das Wesen der Souveränität»

#### Dr. Christoph Blocher

alt Bundesrat und alt Nationalrat,  
Unternehmer,  
Gründungspräsident AUNS

#### Prof. Dr. Christoph Mörgeli

alt Nationalrat, Historiker

#### Dr. Frauke Petry

Bundestagsabgeordnete, Berlin

#### Dr. Thilo Sarrazin

Volkswirtschaftler und Buchautor

Die Broschüre ist auf Deutsch, Französisch und Italienisch **kostenlos** erhältlich bei:

info@auns.ch, www.auns.ch

Telefon: 031 356 27 27

AUNS, Postfach, 3822 Lauterbrunnen



**AUNS**  
**ASIN**  
**ASNI**

Aktion für eine unabhängige  
und neutrale Schweiz (AUNS)

Die Schweiz ist der EU nichts schuldig. Was Schweizer Firmen aus der EU beziehen, wird bezahlt. Die Schweiz bezieht an Dienstleistungen und Waren deutlich mehr aus der EU als Schweizer Firmen in die EU liefern. Gesamthaft gesehen ist die Schweiz also Kundin der EU – zahlungsfähige und zahlungswillige Kundin!

**Akzent**

Die EU betrachtet sich allerdings je länger desto stärker als von der Schweizer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gestört – zumal die Schweiz sowohl gesamtwirtschaftlich als auch bezüglich des Wohlstands all ihrer Einwohnerinnen und Einwohner deutlich besser dasteht als sämtliche EU-Mitgliedländer – denen, als ihnen von Brüssel der Euro aufgezwungen wurde, ewiger, nie endender Wohlstand versprochen

worden war.

Um den als Stachel empfundenen Störenfried Schweiz endlich auszumerzen und zugleich Hand auf den Reichtum dieser Schweiz legen zu können, wollte Brüssel Bundesbern einen klar einseitigen Vertrag, einen wahrhaftigen Unterwerfungsvertrag unterjubeln – beschönigend «Rahmenvertrag» genannt. Er hätte – unter anderem – die Schweiz gegenüber der EU als tributpflichtig erklärt; Jahr für Jahr wären ihr Milliardenbeträge ohne jede Mitsprache abverlangt worden.

Bundesbern – also Mehrheiten in Bundesrat und Parlament – hätte sich diesem Vertrag noch so gerne unterzogen. So gross ist der Hunger der hiesigen Classe politique, sich endlich auch in Brüssel auf einer vermuteten Weltbühne in Szene setzen zu können. Aber im Volk regte sich Widerstand – so stark, dass sich der Bundesrat, eine sichere Niederlage vor Augen, nicht mehr getraute, den Vertrag dem Volk auch nur zu unterbreiten. Also brach er die Verhandlungen mit Brüssel ab.

Brüssel tobte; die europhilen Mehrheiten in Parlament und Bundesrat duckten sich, krochen zu Kreuze. Eil-

fertig beschlossen sie, die sog. «Kohäsionsmilliarde» – für welche nicht der Hauch einer Verpflichtung gegenüber Brüssel besteht – so rasch als irgend möglich in Brüssel abzuliefern. Für Parlamentarier und Bundesräte ist diese «Spende» ja leicht zu verkraften – man vergreift sich dazu am Geld der Steuerzahler.

Wurde Brüssel durch die überstürzt beschlossene Zahlung wenigstens besänftigt? Hat die EU die der Schweiz nach dem Scheitern des Rahmenvertrags völlig rechtswidrig zgedachten Nadelstiche und Erpressungen abgeblasen? Nicht die Spur!

## Retourkutsche

Brüssel, bekanntlich in Schulden ersaufend, verlangte postwendend, die Schweiz müsse solch eine Milliarde (oder noch mehr) ab sofort jährlich nach Brüssel entrichten. Als Tributzahlung eines Untertanenlandes.

Wer einmal vor Erpressern kriecht, wird immer wieder vor Erpressern kriechen – so kalkuliert Brüssel nach Erhalt dieser Milliarde aus der Schweizer Bundeskasse.

Im Bundeshaus macht sich dazu klammheimliche Freude breit: Man hat's, wähnt Bundesbern, dem Volk heimgezahlt. Man hat es für den Widerstand gegen den Rahmenvertrag angemessen bestraft. Denn «Kohäsionsmilliarden» kann Bundesberns europhile Mehrheit Brüssel jederzeit skrupellos am Souverän vorbei vor die Füsse werfen...

Noch scheint sich Bundesberns Classe politique in Sicherheit zu wähnen, den nunmehr bald dreissigjährigen Traum vom nicht mehr aufhaltbaren Marsch nach Brüssel irgendwann am Stimmvolk vorbei doch noch Wirklichkeit werden zu lassen.

Wie lange muss der Souverän der Schweiz, Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, noch warten, bis Bundesbern endlich anerkennt, dass unser Land nicht in die EU will?

us

GOAL GLOSSAR



radikal

radikal

<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung),  
konsequent; gründlich

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächen-gestocher gibt es schon genug...

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



## Drohende Inflationskrise



war gar rückläufig. Das scheint sich nun zu ändern.

Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes in Deutschland sind dort die Verbraucherpreise im September 2021 offiziell um 4,1 % im Vergleich zum Vorjahresmonat angestiegen. Das ist der höchste Stand seit knapp 28 Jahren. In den USA lag der letzte Wert mit 5,3 % noch höher. In der Schweiz lag die Inflation im September 2021 bei 0,9 %, im Vormonat hatte sie noch 0 % betragen.

Die Gründe für die eintretende Inflation sind vielschichtig. Nebst importbedingten Preissteigerungen spielt die Geldschwemme der vergangenen Jahre eine entscheidende Rolle, mit der namentlich die Zentralbanken die Märkte stimuliert haben. Sind solch grosse Geldmengen in die Wirtschaft gepumpt worden, könnte ein Anstieg der Inflation schwer zu kontrollieren sein. Insoweit vermitteln die Zentralbanken

Plötzlich ist sie wieder da – die Inflation, oder zumindest die Angst davor. Seit der Finanzkrise 2008 war die Inflation als Problem in den USA und Westeuropa praktisch inexistent. Trotz milliardenschwerer Konjunkturprogramme und Tiefzins- bzw. sogar Negativzins-Strategien der Zentralbanken blieb die Inflation auf rekordtiefem Niveau oder

mit ihren wiederholten Beteuerungen, der Preisanstieg sei nur vorübergehender Natur, eine falsche Sicherheit. «Barclays» Chef-Volkswirt Christian Keller befürchtet denn auch, dass sowohl die Märkte als auch die Notenbanken die Gefahr von Preisaufläufen unterschätzen.

Möglicherweise rächt sich nun, dass die Zentralbanken der USA und Europas durch die milliardenschweren Unterstützungsprogramme an Unabhängigkeit gegenüber der Politik eingebüsst haben. Würde beispielsweise die Europäische Zentralbank im Sinn der üblichen Vorgehensweise bei einer Inflation die Leitzinsen erhöhen, würden auch die Schulzinsen steigen, und die EU-Staaten mit hoher Staatsverschuldung stünden vor gravierenden Problemen. Nachdem die EU in den vergangenen Jahren schleichend zu einer Schuldenunion mutiert ist, würden beispielsweise griechische und italienische Finanzkrisen schnell wieder zu europäischen Krisen. Es stellt sich die Frage, ob die Zentralbanken überhaupt noch die Kraft haben, die politisch nötigen, aber einschneidenden Massnahmen zur Eindämmung einer Inflationsspirale durchzuziehen.

Möglicherweise wird es nicht die vielbeschworene Klimakrise sein, welche die Kontinente Amerikas und Europas bedrohen wird, sondern eine Inflationskrise.

*Patrick Freudiger*

Unzensuriert

# HALLO YARIS CROSS



10 JAHRE  
TOYOTA  
GARANTIE

DER KOMPAKTE 4x4-HYBRID SUV

Jetzt Probe fahren!

Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie oder 160'000 km ab 1. Immatriculation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf [toyota.ch](http://toyota.ch).



[emilfrey.ch](http://emilfrey.ch)

## *Dies ist ein Herbsttag ...*

*(Christian Friedrich Hebbel, 1813-1863)*

*Dies ist ein Herbsttag, wie ich keinen sah!  
Die Luft ist still, als atmete man kaum,  
Und dennoch fallen raschelnd, fern und nah,  
Die schönsten Früchte ab von jedem Baum.  
O stört sie nicht, die Feier der Natur!  
Dies ist die Lese, die sie selber hält,  
Denn heute löst sich von den Zweigen nur,  
Was von dem milden Strahl der Sonne fällt.*

## *Klimahysterie als psychische Krankheit?*

### Hinter feindlichen Linien



«Wir haben nur noch wenige Jahr im Kampf gegen die Klimakrise!» «Wir müssen jetzt handeln, sonst wird die Menschheit ausgerottet!» Solch wirres Zeug schreien die Klimahysteriker herum. Für einen vernünftig denkenden Menschen klingen diese apokalyptischen Todesängste bestenfalls belustigend. Doch die meinen das tatsächlich ernst. Ein Mitglied eines Stadtparlaments erzählte mir diesbezüglich ein Erlebnis: In der Sozialkommission fragte eine SP-Vertreterin, ob staatlich finanzierte Selbsthilfegruppen betreffend der Angst vor den «katastrophalen Folgen der Klimakrise» geplant seien. Selbstverständlich mit teurer psychologischer Betreuung. Die Klimahysterie als psychische Krankheit?

Der «Klimastreik Schweiz» schreibt auf Instagram: «Du hast Angst aufgrund der Klimakrise? Es ist nicht nur in Ordnung, sondern eine angemessene Reaktion, in der heutigen Situation Angst zu haben». Ein Nutzer reagiert auf den Beitrag (wortwörtliches Zitat): «Ich habere verdammt noch mal Angst!!!» Aufgrund der Klimahysterie zweifeln laut einer Studie vierzig Prozent der befragten

jungen Menschen daran, je Kinder zu haben. Die linken Parteien und ihre gleichgeschalteten Kartellmedien wissen, dass sie keine überzeugenden Argumente haben. Deshalb wollen sie Bevölkerungsgruppen mit irrationalen Schreckensszenarien nach links treiben. Und es kommen immer neue Behauptungen hinzu, die sich gegenseitig widersprechen.

Als es im Sommer 2019 sehr heiss und trocken war, versuchten die Kartellmedien aufgrund der Wasserknappheit allen Schweizern einzureden, sie müssten Rot-Grün wählen. Als es diesen Sommer sehr viel regnete, war dann plötzlich der Regen der «Beweis» für die «Klimakatastrophe». Der Anspruch der Linken war es nie, glaubhafte Umweltpolitik zu machen. Das Ziel ist der sozialistische Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Das wäre schmerzhaft und ist unpopulär. Also versuchen sie es unter dem Deckmantel der Klimapolitik. Wohin ein linker «Systemchange» führt, zeigt Venezuela: Dort herrschen Chaos, Gewalt und Anarchie! Soll das auch unsere Zukunft sein?

*Samuel Balsiger*

*Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.*





### Schweizer Samariter-Atlas mit Rezepten und Ausflugstipps

Mit unseren Samariter-Atlanten bieten wir Ihnen Informatives zu den Themen «Kräuter & Gewürze» und «Kern- und Steinobst». Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugstipps inspirieren.

**Unterstützen Sie die Samariter!** Ihr wertvoller Beitrag ermöglicht es uns, Erste Hilfe im Alltag sicherzustellen und das Wissen um lebensrettende Erste Hilfe-Massnahmen weiterzugeben.

**Danke für Ihre Spende!**

Samaritervereinigung Bern, PC 30-4146-7  
IBAN CH62 0900 0000 3000 4146 7



Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugstipps und lehrreichen Informationen (Umfang: je 74 Seiten; Preis: 10 Franken pro Exemplar)

\_\_\_\_\_ Expl. «Kern- und Steinobst»

\_\_\_\_\_ Expl. «Kräuter und Gewürze»

Ich möchte Mitglied/Gönner der Samariter werden.

Ich möchte die Samariter finanziell unterstützen. Bitte senden Sie einen Einzahlungsschein zu.

Vorname, Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Tel./E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

**Talon ausschneiden und einsenden an:**  
Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern  
Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, samariter@gmx.ch



Samaritervereinigung Bern  
[www.bernarsamariter.ch](http://www.bernarsamariter.ch)

### Einladung zum Fachreferat

## Peter Regli

Der Divisionär aD und ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

**«Unsere nationale Sicherheit nach der Corona-Pandemie»**



Der Anlass ist öffentlich. Eintritt frei (Kollekte).  
Es laden herzlich ein:

## PRO + LIBERTATE

Schweizerische Vereinigung für  
Freiheit, Demokratie und Menschenwürde  
[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)



Parteiunabhängiges Informationskomitee  
[www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

An beiden Veranstaltungsorten gilt  
Covid-Zertifikat-Pflicht. Wir danken  
Ihnen für die Kenntnisnahme  
und für Ihr Verständnis.



**Donnerstag, 14. Oktober 2021**

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22  
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

**Donnerstag, 21. Oktober 2021**

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhof  
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

**Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat**



Ich möchte Mitglied werden bei:

**PRO LIBERTATE** ([www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch))

**PIKOM** ([www.pikom.ch](http://www.pikom.ch))

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare  
des Buches «Marignano 1515–2015»,  
zum Sonderpreis von nur 29 Franken  
(statt 79 Franken)



Vorname, Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Talon ausschneiden und einsenden an: **PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen**

Demonstrationen in Bern

# Unterschiedliche Ellen...

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

An einer unbewilligten Demonstration von Corona-Massnahmegegnern gerieten auf dem Berner Bundesplatz mehrere Manifestanten und die Polizei aneinander. Nachdem einige Demonstranten an einem Absperrgitter vor dem Bundeshaus gerüttelt hatten, verpasste die Polizei den Störern eine Dusche aus dem Wasserwerfer und setzte Tränengas und Gummischrot ein.



Nach dem Ende der Kundgebung publizierte die Kantonspolizei Bern eine Medieninformation und schilderte unaufgeregt und sachlich die Ereignisse. Diese Einschätzung passte aber offenbar nicht ins Konzept der rot-grün dominierten Berner Stadtregierung. Daraufhin doppelte der Berner Sicherheitsdirektor Reto Nause von der Partei

«Die Mitte» nach und sprach gegenüber den Medien von einem «Sturm aufs Bundeshaus», welchen die Polizei habe verhindern können. Man bekam leicht das Gefühl, dass hier eine Parallele zum Sturm aufs Capitol in Washington im Nachgang zu den vergangenen Präsidentschaftswahlen in den USA gezogen wurde.

## Erneute Dramatisierung

Eine Woche später kam es erneut zu einer nicht bewilligten Demonstration von Covid-19-Massnahmegegnern und -kritikern, wobei die Polizei mit einem Grossaufgebot vor Ort war und die Manifestation nach einigen Scharmützeln und Auseinandersetzungen auflöste. Nach Abschluss dieser Demonstration veröffentlichte die Berner Polizei erneut ein Mediencommuniqué, und auch bei dieser Publikation wurden Situation, Vorgehensweise, Mitteleinsatz, Festnahmen und die Einleitung von Strafverfahren aufgelistet. Wiederum musste der Sicherheitsdirektor Reto Nause die nüchterne polizeiliche Darstellung umgehend in den Medien dramatisieren.

So zeigte er sich betrübt, dass für viele Stadtbesucher der jeweils donnerstags stattfindende Abendverkauf nicht oder nur eingeschränkt habe genutzt werden können. Herr Nause stört sich nun also plötzlich daran, dass die Berner Bevölkerung wegen einer Demonstration Einschränkungen in Kauf nehmen muss. Wie viele unbewilligte Demonstrationen für links-grüne Anliegen, oft mit aggressiver Antifa-Beteiligung, wie viele Angriffe auf Polizeikräfte und Passanten, stets einhergehend mit massiven Sachbeschädigungen, fanden in der Vergangenheit statt, ohne dass der Berner Gemeinderat auch nur ein paar wenige Gedanken darüber verloren hätte, ob dies für die Stadtbesucher oder für das Verkaufsgeschäft störend wäre?!

## Sympathien für die Bundesplatz-«Camper»

Als vor gut einem Jahr während der Session auf dem Bundesplatz ein illegales Klimacamp aufgebaut wurde,

brauchte der gleiche Gemeinderat mehrere Tage, bis man sich zur Räumung entschloss. Da während der Session politische Aktionen auf dem Bundesplatz verboten sind, weibelte der Berner Stapi Alec von Graffenried von der Grünen freien Liste Bern zwischen den Parlamentariern und den Klimaaktivisten hin und her, und seine Sympathie für die Camper war unübersehbar. Im Gegensatz zu den Corona-Massnahmenkritikern wurden die Klimaaktivisten nicht mit dem Wasserwerfer vertrieben – man erlaubte ihnen sogar den kostenlosen Bezug von Wasser.

Im Zusammenhang mit der Toleranz von Rechtsbrüchen durch die Stadtberner Politik kann selbstverständlich das Thema Reitschule nicht unerwähnt bleiben. Es ist hinlänglich bekannt, dass keine Rechts- und Regelverstösse aus dem Umfeld der steuersubventionierten Berner Reitschule in irgendeiner Art und Weise sanktioniert werden.

## Keine demokratische Legitimität

Eine Regierung, welche die Bewilligung für eine Demonstration davon abhängig macht, ob ihr die politische Botschaft passt, hat ihre demokratische Legitimation verloren. Und wenn sich SVP-Bundesrat Ueli Maurer mit einer Freiheitstrychler-Kutte ablichten lässt, füllt dieser Umstand beim gebührenfinanzierten Staatssender SRF eine halbe Arena-Sendung und einen längeren «Rundschau»-Beitrag. Als sich die SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga vor einiger Zeit neben einer jungen Frau mit einem Antifa-Leibchen ablichten liess, war dies den Mainstream-Medien keine Meldung wert. Soviel zur ausgewogenen Berichterstattung durch Qualitätsmedien, welche auf staatliche Fördergelder aspirieren.

Markus Melzl



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

**Filiale Bahnhof Chur**  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60



Die Wiege der Eidgenossenschaft nachempfunden

# Ausflug in die Schweizer Geschichte

von Daniel Keller, Mitarbeiter Schweizerzeit, Ossingen ZH

Wer in der jetzigen Jahreszeit frühmorgendlich im Weinland vor die Tür tritt, sieht sich mit dem meteorologischen Phänomen besonderer Art konfrontiert: Über Feldern, Äckern und Wipfeln bettet sich der Nebel.



das Gros an Geschichte Interessierter aufnahm.

Schweizerzeit-Chefredaktor Ulrich Schlürer durfte bereits zum dritten Mal auf die fulminanten Kenntnisse des promovierten Historikers Jürg Stüssi-Lauterburg zählen. Der in der Stadt Zürich aufgewachsene Militärhistoriker wohnt in Windisch (AG) und gilt als Verfasser bedeutender Bücher (u. a. des Porträts über Bundesrat Friedrich Frey in Urs Altermatts Standardlexikon «Die Schweizer Bundesräte»); zudem stand er der Eidgenössischen Militärbibliothek als Leiter vor. Schon im Gefolge der Querung namhafter Zürcher Strassen liess er mit sonorem Stimmorgan Reminiscenzen der in den 1830er-Jahren auf dem Kantonsgebiet schwelenden Konflikte aufblitzen.

Die Route führte uns dem Zürichsee entlang über den Sattel, wo wir beim Schlachtdenkmal am Morgarten einen Halt einlegten. Im Jahr 1315 kämpfte hier das von Herzog Leopold I. angeführte Fürstengeschlecht der Habsburger gegen das Befreiung ersehrende Heer tapferer Eidgenossen. Wenige Meter daneben bestaunten wir die Sperranlage Letzi, deren Mauern ins steile Gelände eingegraben sind. Historiker Stüssi, im Rezitieren auswendig gelernter historischer Texte weltmeisterlich geschult, gab an, dass damals nicht zuletzt gutes Schuhwerk oft über Sieg und Niederlage entschieden hätte.

Die Weiterfahrt führte uns nach Schwyz, wo wir die 1891 vom Passauer Künstler Ferdinand Wagner am Rathaus angebrachten Fassadenmalereien bestaunen und die Bedeutung des Von Reding-Geschlechts erlauschen konnten. Am 1. August 1891 fand in Schwyz die Feier zum 600-jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft statt. In der Folge fuhr der Omnibus den Touristenort Brunnen (SZ) an, wo wir – insgesamt 55 Reisende – in der Gaststätte «Weisses Rössli» fürstlich verköstigt wurden. Nachbarschaftliche Tischgespräche dienten der geistigen Verarbeitung von bis jetzt erlebten Eindrücken.

Darauf brachte uns Markus Keller nach Altdorf (UR), wo historische Ausführungen zum Telldenkmal unter die Haut gingen. Im Gegensatz zu Schwyz erlitt Uri in all den früheren Jahrhunderten immer wieder Feuersbrünste, die ganze Dorfteile vernichteten. Aber auch vom schlimmen Unwetter 1987 in Gurnellen, das im Kollektiv-Gedächtnis haften geblieben ist, hat sich die Region gut erholt.

Den steilen Anstieg zu Fuss belohnte Jürg Stüssi mit interessanten Ausführungen zur Ruine «Zwing Uri», die recht unscheinbar über der A2-Autobahn thront. Auf der sonnigen Terrasse einer rustikalen Landbeiz in Göschenen erwartete uns sodann ein Zvieri. Kaum die Rückfahrt angetreten, bog das Gefährt in eine seitliche Nische ein.

Bei inzwischen bereits kühleren Temperaturen appellierte Jürg Stüssi noch einmal an unsere geistige Aufnahmebereitschaft: Unterhalb der Teufelsbrücke bei Andermatt (UR) erinnert ein in grossflächige Platten eingegossenes Denkmal an den russischen Feldmarschall Suworow, der den Eidgenossen in jenen Jahren zupasskam, als sie ihr Schicksal zusehends selbst in die Hand nehmen wollten und die unbeliebt gewordenen napoleonischen Truppen ausser Land zu bugsieren trachteten (1799 und ff.). Ob der vielen Eindrücke müde geworden, brachte uns der Car um acht Uhr ins Zentrum der Limmat-Kapitale zurück.

Daniel Keller



Der begnadete Historiker Jürg Stüssi-Lauterburg im Element

# STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

## Luzern

In ihrer neuen «Klima- und Energie-Strategie» will die rot-grüne Stadtregierung von Luzern für viele hundert Millionen Franken die Energie verteuern. Allein für die Umerziehung und die Propagandawalze werden neu 8,4 Stellen geschaffen. Der Energiebedarf soll bis 2050 halbiert, Verbrennungsmotoren vom Stadtgebiet verbannt, Öl- und Gasheizungen praktisch ausnahmslos verboten und Parkplätze radikal reduziert werden.

Wie irrsinnig dieser Plan ist, zeigt sich allein schon darin, dass die Fantasten offensichtlich nicht einmal wissen, dass sich bei ihrem Ziel, das CO<sub>2</sub> bis 2040 auf null zu reduzieren, der Energiebedarf – sprich Strom – nicht halbieren kann, sondern sich mindestens verdoppeln wird.

(NR Thomas Matter, «In den Sümpfen von Bern», Episode 158, 15.09.2021)

## Zürich

Der Stadtrat präsentiert ein Budget mit den üblichen Eckwerten: Rekordsteuereinnahmen, dieses Mal dank hohen Steuern bei den juristischen Personen und hohen Grund-

stückgewinnsteuern. Das Stellenwachstum beträgt heuer 365 Stellenwerte.

Der Aufwand wächst wiederum überproportional an und reisst damit das Budget ins Negative. Das überrascht die SVP nicht. Der Stadtrat hat zu keinem Zeitpunkt, auch jetzt nicht, Anzeichen dafür gegeben, dass er Leistungen, Aufgaben oder Ausgaben zu überprüfen gewillt ist. Die SVP fordert, dass die mit dem Klimaziel Netto-Null bis 2040 verbundenen Ausgaben radikal gekürzt werden. Ebenso ist auf das absurde flächendeckende Tempo 30-Regime zu verzichten, welches nach Vollendung bei der VBZ (Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich) jährliche Mehrkosten von zwanzig Millionen Franken verursachen würde. Die SVP fordert den Stadtrat erneut auf, endlich eine Leistungsüberprüfung an die Hand zu nehmen. Ausgaben und Leistungen müssen priorisiert werden, auf Wunschbedarf ist zu verzichten. Die Alternative, das Vernichten sämtlichen Eigenkapitals, ist kein gangbarer Weg. Es ist zwingend, dass finanzpolitische Realität beim Stadtrat Einzug hält.

(SVP Stadt Zürich, 28.09.2021)

## Schröpf-Politik

Die Mechanik ist einfach: Regierungen können sich günstig neue Kredite beschaffen, während die alten Milliardenlasten in ihren Büchern allmählich abnehmen, je länger und schneller die Geldentwertung läuft.

Etwas mehr als elf Billionen Euro Schulden lasten auf der Eurozone. Griechenlands Schulden erreichten Ende 2020 fast zweihundert Prozent seiner Wirtschaftsleistung. Italien steht mit 154 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise 2,58 Billionen Euro im Schuldenregister, Frankreich mit 116,5 Prozent und 2,6 Billionen Euro, Deutschland mit 70 Prozent oder 2,3 Billionen Euro.

Schon eine leichte Anhebung des Leitzinses würde Länder wie Griechenland, Italien und wahrscheinlich auch Frankreich in die Staatspleite reissen oder zumindest an den Rand des Zusammenbruchs bringen. Und zudem Tausende Firmen in den Abgrund stossen, die ihre Kredite schon bei Nullzinsen nicht mehr oder nur noch stockend bedienen können. EZB-Präsidentin Christine Lagarde macht deshalb deutlich, dass der Zins auf absehbare Zeit nicht zurückkehrt, möglicherweise nie – selbst wenn die Inflation weiter anzieht.

Die Rechnung lautet also: Sollen nicht ganze Staaten zusammenbrechen und der Euro scheitern, dann müssen eben die Bürger nach und nach um ihre Ersparnisse erleichtert werden.

(Alexander Wendt in «Tichys Einblick» 07/21)

## «Es sagte» ... Wettbewerb (Lösung)

In der «Schweizerzeit» vom 24. September 2021 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

**<<ICH HABE VOR ALLEM GELERNT, WAS ES HEISST, WIRKLICH VERANTWORTUNG ZU TRAGEN. ALS NATIONALRÄTIN IST ES EINFACH, ALLES MÖGLICHE ZU FORDERN UND ZU KRITISIEREN, OHNE DIE AUSWIRKUNGEN IM EIGENEN ALLTAG MITTRAGEN ZU MÜSSEN. HIER HINGEGEN HAT JEDE HANDLUNG DIREKTE KONSEQUENZEN AUF FAMILIEN, ZUM TEIL SEHR TIEFGREIFENDE.>>**

Diese Aussage stammt von:

- A Heidi Zraggen, Ständerätin «Die Mitte», Kanton Uri
- B Jacqueline Fehr, Regierungsrätin SP, Kanton Zürich
- C Chantal Galladé, Kreisschulpräsidentin GLP, Winterthur
- D Elisabeth Zölch, ehem. Volkswirtschaftsdirektorin SVP, Kanton Bern

Die richtige Lösung lautet:

- C Chantal Galladé, Kreisschulpräsidentin GLP, Winterthur

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.





## Das Büro Ha deckt auf!

**Kein Mass:** Ein angeklagter ex-Betriebsrat von VW garnierte bis zu 750'000 Euro pro Jahr. Und in Zürich erhält ein Schulpräsident (ohne Risiko und Verantwortung) ein Jahresgehalt von 200'000 Franken. Früher nannte man sie Schmarotzer.

\*

**Fronttauglich?** Nur die Fähigsten sind oben oder an der Spitze, aber nicht immer vorne (an der Front). Das zeigt die folgende Begebenheit: Im Laufe der Podiumsdiskussion anlässlich der SOGART-Tagung vom 11. September stellt Georg Häsler Sansano (Journalist NZZ) an Brigadier Metzler die Frage, wie brauchbar der Mörser 16 sei, wenn man einen Deckel öffnen müsse, um schießen zu können und dann draussen sitzen, wie ein Infanterist. Die Antwort des Brigadiers: «Es ist gegenüber der Drohnen-Bedrohung ein grosser Vorteil, wenn man draussen ist und die Drohnen hören kann, wenn sie anfliegen. Wenn man vor Jahren das Geschütz mit einem Turm genommen hätte, dann wäre man gleich weit wie beim «Leopard»: Man sitzt in einem Turm und hört die Drohne nicht. Und im Übrigen: Der Infanterist und der Panzergrenadier sind ja auch meistens draussen.» Zur Erinnerung: Das System ist nicht tauglich. Das ist ein Skandal. Dass ein «General» derartigen Blödsinn von sich gibt, ist ein weiterer Skandal. Als würde man im Gefechtslärm eine Drohne «hören» und hätte dann noch Zeit, auszusteigen oder wegzufahren ...

\*

**Spitäler schliessen:** Der Kanton St. Gallen wird vier von neun Spitälern schliessen. Betroffen sind Flawil, Wattwil, Rorschach und Altstätten. Offenbar gibt es dort keine Plandemie. Dennoch werden beim

kleinsten Anstieg der «Fälle» die «fehlenden» Spitalbetten beklagt.

\*

**Amtsschergen:** Die Amtsschergen in Nordrhein-Westfalen schlagen wieder zu. Die neueste Schikanierung besteht darin, beim Kauf von Waffenmagazinen dem Käufer (Sammler) eine «Bewilligungsgebühr» von 25 Euro zu verlangen. Genaue Amtsbezeichnung: «Ausstellung Anzeigebescheinigung». Noch einfacher: Für das «Anzeigen» (Melden) verlangen die Amtsstubenhocker eine Gebühr – also für das «Kenntnis nehmen» wird Kohle abgezockt! Auf jede Art und Weise wird dem Bürger Freude, Besitz und Bares genommen. Das ist in rot-grünen Ländern so. Sie wollen ja jeglichen Waffenbesitz verbieten. Demnächst auch im hiesigen Theater.

\*

**Lächerlich:** Sämtliche Medien haben bereits bei Beginn der «Demo» von Uster «ca. 3'000» Teilnehmer gemeldet. Es gibt keine einzige Pressemitteilung, die eine andere Zahl meldet. Es dürften nach seriösen Meldungen aber weit über 6'000 gewesen sein. Haben Sie schon bemerkt: Es werden fast immer «ca. 3'000» gemeldet... Über die Freitags-Klima-Schwänzer-Demo von Aarau wurde auch berichtet: Es waren etwa 200 Mitmarschierende.

\*

**Brände in Griechenland:** Ein Wald beginnt bei 40-50 Grad «nicht einfach so» zu brennen. Dazu braucht es eine Zündquelle: Kurzschluss, Streichholz oder Blitzschlag. Bei über 120 Waldbränden in Griechenland ist Brandstiftung die Hauptursache. Auch um Platz zu schaffen für neue Windkraftanlagen. Aber das wird wegen dem Klimawandel verschwiegen.

## Rangliste der Fruchtbarkeit, eine Zeitbombe

Fertility rate in 2021 (Geburten pro Frau)

1 Niger 6.91	17 Sudan 4.66
2 Angola 5.90	18 Zambia 4.63
3 D.Rep. Kongo 5.70	19 Kamerun 4.61
4 Mali 5.63	20 Sierra Leone 4.58
5 Tschad 5.57	21 Tansania 4.45
6 Benin 5.47	22 Kongo 4.41
7 Uganda 5.45	23 Burkina Faso 4.39
8 Südsudan 5.43	24 Osttimor 4.32
9 Somalia 5.41	25 Togo 4.28
10 Burundi 5.10	26 Central African Republic 4.09
11 Mozambique 4.89	27 Äthiopien 4.07
12 Guinea 4.89	28 Äquatorial Guinea 4.02
13 Liberia 4.84	29 Senegal 3.97
14 Afghanistan 4.72	30 Zimbabwe 3.91
15 Guinea-Bissau 4.72	
16 Nigeria 4.67	

Wir brauchen zum Überleben eine Fruchtbarkeitsrate von 2.1. sind aber nur bei 1.4. Ein Mathematiker könnte uns aufzeigen, wann wir ausgestorben sein werden.

Umso mehr wirkt die Fruchtbarkeit in andern Ländern/Kontinenten als Zeitbombe!

Tis Hagmann

## Warum die Schweizer aussterben werden

Taschenbuch; ISBN: 978-3-7460-5258-8  
von Dudo Erny, Bevölkerungsgeograf, Zug  
Lesen Sie, was die Tagesschau und die Zeitungen verschweigen.

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 24)

# Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



An der Auns-Jahresversammlung vom 17. Juni 2003 beschliessen die 1'000 anwesenden Auns-Mitglieder, das **Referendum gegen den Beitritt zum Schengener Abkommen** zu ergreifen. Damit wollen wir verhindern, dass der Bundesrat unser Land über die Bilateralen II/Schengen, also durch die Hintertür, in die EU treibt. Zudem muss das Schweizervolk vor dem nachteiligen Schengener Kolonialvertrag verschont werden.

Der Bundesrat spielt ein unehrliches Doppelspiel: Im Inland verkündet er, man führe bilaterale Verhandlungen mit der EU, um dieser nicht beitreten zu müssen. Und in Brüssel verkündet man mit dem EU-Beitritts-gesuch das Gegenteil.

Das Schengener Abkommen wurde so benannt nach dem Weinbaudorf Schengen in Luxemburg. Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Belgien und die Niederlande hatten dort schon 1985 vereinbart, die Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen schrittweise abzubauen.

Das Gefährliche an «Schengen» besteht vor allem in zwei Bereichen:

- Die zentrale Bestimmung gemäss dem Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) lautet:

**«Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden. Den zuständigen Grenzbehörden ist es damit verwehrt, überhaupt noch Binnengrenzkontrollen durchzuführen. Mit der Befreiung von Grenzkontrollen entfällt die Verpflichtung, aufgrund der Überschreitung der Binnengrenzen ein gültiges Grenzübertrittsdokument vorzuzeigen oder vorzulegen.»**

Die Konsequenz: Auch Kriminelle/Illegale müssen nicht mit einer Grenzkontrolle rechnen. Schengen wird damit nicht zum propagierten «Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts», sondern zwangsläufig zum Unsicherheitsraum.

- Der Schengen-Beitritt verpflichtet die Schweiz, das ganze bisherige und künftige Schengenrecht zu übernehmen. Dieses umfasst immer mehr Bereiche: Abbau der Grenzkontrollen, umfassende Amts- und Rechtshilfe, Visa-, Asyl- und Migrationspolitik, Bankkundengeheimnis, Waffenrecht. Die Souveränität unseres Landes und der Kantone wäre massiv bedroht.



Offene «Scheunentore» à la Schengen

**Es ist sonnenklar: Schengen ist ein Schwindel. Denn bei Schengen geht es nicht um die Sicherheit, sondern um die Vorbereitung des EU-Beitritts.**

Und überhaupt: Wie will man ohne Kontrollen an der Grenze mehr Sicherheit erreichen? Das muss sogar Brüssel eingestehen. Daher soll die Schengen-Aussengrenze besser bewacht werden. Aber wie kann eine x-tausend Kilometer lange Aussengrenze kontrolliert werden – eine Aussengrenze, löcheriger als ein Emmentaler Käse?

**Noch 1999 hat der Bundesrat einen Schengen-Beitritt ausdrücklich abgelehnt. In seiner Botschaft zu den Bilateralen I vom 23.6.1999 hat er erklärt, dass «Verhandlungen über Schengen nicht in Frage kommen», weil dabei «Souveränitätsübertragungen an supranationale Instanzen (EU) unerlässlich sind.» Und nun behauptet er das Gegenteil.**

Dazu kommt: Die EU hat von der Schweiz gar keinen Schengen-Beitritt verlangt. Im Rahmen der Bilateralen II hat Brüssel lediglich die sogenannte Betrugsbekämpfung und die Zinsbesteuerung gefordert. Aber der Bundesrat will EU-Beitrittschürden abbauen – und dazu ist ihm offensichtlich jedes Mittel recht.



Günther Beckstein, \*23.11.1943, 1999-2007 bayerischer Innenminister, 2007/2008 Ministerpräsident

Anstelle der Kontrollen an der Grenze (die auf Warenkontrollen beschränkt werden sollen) will man die sogenannte **Schleierfahndung** einführen – d.h. Kontrollen durch mobile Patrouillen im Grenzraum und im Hinterland. Dies, obwohl der damalige **bayerische Innenminister Günther Beckstein** erklärt, mit der Schleierfahndung habe man eine «genügende Kontrolldichte» nur erreichen können durch eine Vierfachung der Polizei- und Kon-



trollorgane. Wer das bezahlen soll, ist schleierhaft. Dazu kommt, dass die EU-Kommission beabsichtigt, auch die Schleierfahndung zu verbieten, weil sie der Reisefreiheit widerspreche.

*Der Kampf des Bundesrates und der classe politique wird in der Folge mit Millionen von Steuerfranken geführt. Die Auns und die SVP führen den Kampf bis zur Abstimmung am 5. Juni 2005 praktisch allein. Davon aber später.*

\*

Am 18. Mai 2003 stimmt das Schweizer Volk über die «Armee XXI» ab. Damit wird – nach der (Nato)-«Partnerschaft für den Frieden» (1996) und dem Fehlentscheid, Schweizer Soldaten ins Ausland zu schicken (2001), sowie nach der gar nie richtig umgesetzten Reform «Armee 95» – bereits eine weitere Armee-Reform vorangetrieben.

Wir von der Auns kritisieren die «Armee XXI» als falsches Konzept. Sie verlässt das Prinzip der autonomen Verteidigung, bringt eine Annäherung an die Nato, verstösst gegen unsere Neutralität und schwächt die Milizarmee. Die Armee XXI ist – ohne Milizvertreter – ausschliesslich von VBS-Schreibtischtätern entstanden. Sie wurde quasi zum Nato-Klon umgebaut. Echte Alternativen zum hohlen Schlagwort »Sicherheit durch Kooperation« wurden nicht zugelassen. Im Gegenteil: Bundesrat und VBS-Chef Adolf Ogi hat Maulkörbe an Kritiker verteilt und strikte Loyalität «befohlen».

Zudem läuft das System der Durchdiener und der Zeitsoldaten (die einfacher im Ausland eingesetzt werden können), auf eine Zweiklassen-Armee hinaus. Für die Ausbildung, die professionalisiert werden soll, braucht es zusätzliche Profi-Instruktoren, und der Milizkader-Anteil wird reduziert. Die damit verbundene Tendenz zur Berufarmee wird die Kosten weiter nach oben treiben, und die Betriebskosten werden zulasten der Rüstungsinvestitionen explodieren. Unverständlich ist auch, dass die Alarmformationen – das Flughafen-Regiment (Kloten) und die Flughafenbataillone – abgeschafft werden.

**Der Rückhalt der Armee XXI im Volk wird schwinden. Die Kinder der Wehrmänner, die ihre ganze Wehrpflicht mit weniger als 30 Jahren bereits geleistet haben, werden den Vater kaum je als «Bürgersoldaten» in Uniform sehen.**

Selbstverständlich plädiert die Auns für ein Nein zur Armee XXI am 18. Mai 2003. Aus dem folgenden Grund entscheidet der Vorstand jedoch, den Kampf nicht aktiv zu unterstützen:

Die Grundsatzfrage nach der Neutralität und nach der Nato-Annäherung hat bei der Abstimmung vom 10. Juni 2001 über den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland im Zentrum gestanden. Bei der Abstimmung über die Armee XXI geht es nun (wenn auch auf falscher Grundlage) vor allem um «militärtechnische» Angelegenheiten – um die Anzahl der Verbände, die Bestände, die Ausbildung, die Durchdiener, die Zeitsoldaten, die RS-Dauer, die Aushebung usw.

*Inzwischen sind wir bekanntlich bei der WEA, der «weiterentwickelten Armee», angelangt, die sogar eine «Verschlimmbesserung» der Armee XXI darstellt, weil sie den Verfassungsauftrag nicht erfüllen kann. Es muss nun darum gehen, auf dem «Sockel» der WEA mindestens mittelfristig wieder eine einsatzfähige Armee aufzubauen. Der erste Schritt ist ein Ja zum F-35.*

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.  
Preis bis Ende 2022: Fr. 90.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,  
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03  
E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

## Die «Schweizerzeit»-Agenda

Dienstag, 12. Oktober 2021, 19.00 Uhr

### SVP bi de Lüt

Mit Referaten von Diana Gutjahr (NR SVP/TG), Jakob Stark (SR SVP/TG), Manuel Strupler (NR SVP/TG)  
Moser Stalleinrichtungen AG, Fuchsbühlstrasse 12, 8580 Amriswil/TG  
Veranstalterin: SVP Amriswil

Donnerstag, 14. Oktober 2021, 19.30 Uhr

### Die nationale Sicherheit in einer instabilen Welt

Referat von Peter Regli, Divisionär aD, ehem. Chef Schweizer Nachrichtendienst  
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3014 Bern  
Organisation: Pro Libertate und PIKOM

# Büchertisch

## BESTSELLER



### Corona und das verzögerte Sterben

Chaospolitik und Kirchenversagen

**Daniel Regli**

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund: Immer klarer wird, dass die Entscheide der Bundesratsmehrheit und das kaltschnäuzige (Miss-) Management des Bundesamts für Gesundheit (BAG) von Inkompetenz, Nachlässigkeit, Willkür und stolzer Sturheit geradezu strotzt.

Ortesio, Zürich 2021, 132 S., brosch., (Richtpreis Fr. 15.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.50



### Great Reset

Der Angriff auf Demokratie, Nationalstaat und bürgerliche Gesellschaft

**Dr. C.E. Nyder**

Was Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum mit dem von ihm ausgerufenen «Great Reset» betreibt: Im Namen der international tonangebenden Classe politique, eng vernetzt mit der Funktionärselite internationaler Organisationen, wird die weltweite Zentralisierung von Wirtschaft und Staaten auf Kosten der Demokratie Schritt für Schritt umgesetzt.

Kopp, Rottenburg 2021, 384 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 32.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25



### Wir schaffen das

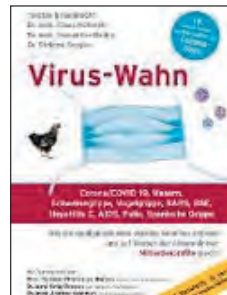
Erläuterung zum politischen Wunschenken

**Thilo Sarrazin**

Sarrazin zeigt, dass jede Handlung, die vom Staat ausgeht, politischen Ursprung hat und politische Wirkungen zeigt, die jeden Einzelnen treffen. Er beschreibt, wie die ganze Bevölkerung ausbaden muss, was die Classe politique verkachelt. Ein brisantes Buch.

LangenMüller, München 2021, 179 S., geb. (Richtpreis Fr. 26.90)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 24.20

## AKTUELL



### Virus-Wahn

Corona/Covid-19, Masern, Schweinegrippe, ...

**Torsten Engelbrecht, Dr. med. Claus Köhnelein, Dr. med. Samantha Bailey, Dr. Stefano Scoglio**

Dieser bereits in zehnter Auflage erscheinende Bestseller analysiert eine als Seuchen-Politik etikettierte Strategie: Mittels Angst-Verbreitung soll die obrigkeitliche Lenkung selbst freiheitlicher Staaten auf Dauer durchgesetzt werden.

Emu-Verlag 2021, 2'519 S, brosch., ill., (Richtpreis Fr 32.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25



### Die Lüge der Klimakatastrophe

Manipulierte Angst als Mittel zur Macht

**Hartmut Bachmann**

Dieses bereits 2012 erschienene Schlüsselwerk zeigt in neuer, aktualisierter und erweiterter Auflage, dass die Klimakatastrophe von heute ein Ergebnis bewusster Angstverbreitung ist. Fakten werden ausgeklammert – «Modelle» verbreiten Horrorszenerien.

Frieling, Berlin 2020 (2012), 287 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.50)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.25



### Aus der Frohburg

Aufzeichnungen zur Herkunft eines Unangepassten

**Konrad Hummler**

Konrad Hummler, Schweizer Bankier, Unternehmer und Publizist blickt zurück auf seine Jugend im von der Stickereikrise geprägten St. Gallen. Er lernt: Was man fürchtet, muss man beim Namen nennen, niemals ausweichen oder verdrängen.

Edition Königstuhl, 2021, 168 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 24.–)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.



HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Das Fräulein von Scuderi

**E.T.A. Hoffmann**

Ein besonderes Werk der Weltliteratur: E.T.A. Hoffmann gelang mit diesem Werk so ziemlich der erste Kriminalroman der Weltliteratur: Eine Verwirrung und Verunsicherung auslösende Mordserie hält im 17. Jahrhundert Paris in Atem. Fräulein von Scuderi, eine ältere, gepflegte Dame, geprägt von würdiger Zurückhaltung, wird unversehens in den Bann dieser Mordserie gezogen. Kapitel um Kapitel entfaltet sich in unübertrefflich gepflegter und präziser Sprache das vom Täter ausgehende Grauen, aber auch die mit diplomatischem Geschick und überzeugendem Scharfsinn schliesslich gelingende Identifizierung des Skrupellosen. Ein ausserordentliches Werk der Weltliteratur, von Barbara Nüsse in vollendeter Meisterschaft vorgetragen. Ein Spannung versprechender Hörgenuss.

GoyaLiT Verlag, 3 CDs, Hördauer 180 Minuten, (Richtpreis Fr. 19.40)  
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 17.45

Hörbücher: Spannende Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

**Beat Kappeler**

Dieses Buch müsste für die Schweiz Wegweiser sein bezüglich Ausgestaltung ihrer Politik gegenüber der Europäischen Union. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswuchernden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt. Erneut ist Tatsache: Weltweit ist Wirtschaftswachstum nach wie vor in Gang. Aber das dem Zentralismus verfallene Europa stagniert.

Beat Kappeler erteilte der Schweizerzeit das Recht, 2021 längere Auszüge aus dem Buch «Der Superstaat» abzudrucken. In der heutigen Ausgabe finden sie den dritten und letzten Auszug mit dem Titel «Die EU-Währungsunion» auf Seite 12.

us

Beat Kappeler: «Der Superstaat – Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt». NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Daniel Regli – Corona und das verzögerte Sterben à Fr. 13.50
- Dr. C.E. Nyder – Great Reset à Fr. 29.25
- Thilo Sarrazin – Wir schaffen das à Fr. 24.20

Aktuell

- T. Engelbrecht ... – Virus-Wahn à Fr. 29.25
- Hartmut Bachmann – Die Lüge der Klima... à Fr. 29.25
- Konrad Hummler – Aus der Frohburg à Fr. 21.60

Hörbuch

- E.T.A. Hoffmann – Das Fräulein von Scuderi à Fr. 17.45

Buchzeichen

- Beat Kappeler – Der Superstaat à Fr. 32.30

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(19/8.10.2021)

Name/Vorname

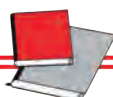
Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



**Sendungen** jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 8. Oktober 2021

## Magazin

«Geld»

Ulrich Schlüer im Interview mit Hans Geiger, em. Professor für Bankwesen

Freitag, 15. Oktober 2021

## Magazin

Sendung in Planung



Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am

**8. Oktober 2021**

# Schweizerzeit

## Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFIGHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann,  
Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzi,  
Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,  
Isabel Villalon

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Die falschen Sündenböcke

Der Leiter des Zürcher Amtes für Gesundheit ist ein Fall für den Staatsschutz. Im ZDF-Auslandsjournal lieferte Peter Indra den Beweis für eine zutiefst fragwürdige Geisteshaltung, die im öffentlichen Dienst eines freien Staates keinen Platz haben dürfte – wenn das Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung mehr Wert wäre als ein blosses Lippenbekenntnis.

Eine «gutmütige Diktatur» sei zur Bewältigung einer Pandemie eine «gute Art und Weise», sprach der Gesundheits-Funktionär in die Mikros des ZDF. Der «Impf-Chef» des Kantons Zürich prahlte damit, wie gut sein Kanton mit den Impf-Massnahmen unterwegs sei. Föderalistische Lösungen im Gesundheitswesen seien dagegen lästig und überholt.

Dass autoritäre Staatsformen, welche die Entscheidungsmacht bei einer gutmütigen oder wohlmeinenden Clique zentralisiert, bei einem Schweizer Chefbeamten offensichtlich auf Sympathien stossen, zeugt von einem erbärmlichen Geschichtsverständnis. Schliesslich ist es ein bestens dokumentierter Wesenszug eines jeden Unrechtsregimes, dass Gewaltherrscher die Unterdrückung des Volkes immer damit gerechtfertigt haben, dass man es ja nur gut meine und am besten wisse, was die Schäfchen zu ihrem Wohlerge-

hen brauchen. Hitler, Stalin, Pol Pot, Idi Amin, Fidel Castro – sie alle haben sich wohl stets als «gutmütige Herrscher» verstanden.

Dass ein Chefbeamter des Kantons Zürich derart leichtfertig von den vermeintlichen Vorzügen einer Diktatur spricht, ist ein Skandal. Würde er der SVP angehören, wäre er wahrscheinlich bereits abgesetzt worden. Und würde er als politischer Aktivist von solchen Utopien schwärmen, stünde er womöglich bereits unter Beobachtung des Nachrichtendienstes. Doch bei Peter Indra schweigt der Mainstream-Blätterwald bislang. Vielmehr gilt er als Musterknaube, der die Impfquote erfolgreich nach oben treibt. Wird seine Vorgesetzte, die Zürcher SVP-Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli, handeln?

Von Bundesrat Berset scheinen Impf-Fanatiker wie Indra jedenfalls nichts befürchten zu müssen. Das Bundesamt für Gesundheit will neuerdings gar Impfequipen ausschwärmen lassen, welche den Menschen an der Haustür auflauern und sie zum Piks ermutigen sollen. Die Zeugen Jehovas erhalten Konkurrenz – bald heisst es auch: Vorsicht vor den «Zeugen Coronas»!

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt 